Plutus

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 27. September 1916. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Reichsfinanzreform.

Von

Rechtsanwalt Dr. jur. **Max Wolff**-Lissa i. P.

Die Frage der Reichsfinanzreform nach dem Kriege ist bereits jetzt von höchstem Interesse, obwohl zurzeit noch niemand das Ende des Krieges abzusehen vermag. Ich habe schon früher im „Plutus" verschiedentlich einzelne Teilfragen des Problems behandelt. In den kommenden Monaten soll gerade dieser Frage hier besondere Beachtung geschenkt werden; ich selbst werde mich vorläufig noch der Behandlung der Gesamtfrage fernhalten, dagegen werde ich den verschiedenen Anregungen von Mitarbeitern Raum geben, ohne daß ich mich durch die Aufnahme ihrer Artikel mit deren Inhalt irgendwie identifiziere.

G. B.

Die Erörterungen über die Deckung des Finanzbedarfs des Reichs nach dem Kriege spitzen sich auf ein Entweder—Oder zu, das einen schweren politischen Konflikt unausweichlich erscheinen läßt. Soweit eine Schätzung jetzt schon möglich ist, wird der Jahresbedarf des Reichs mindestens 7 bis 8 Milliarden betragen, das sind zirka 100 M. auf den Kopf der Bevölkerung, zirka 500 M. auf die durchschnittliche fünfköpfige Familie. Daß eine solche Steuerlast den breitesten Bevölkerungsschichten mit Einkommen unter 3000 M. nicht zugemutet werden kann, — wobei es gleichgültig ist, ob unter der Form der direkten oder der indirekten Besteuerung, — liegt auf der Hand. Daraus folgt einerseits, daß durch indirekte Besteuerung der Finanzbedarf nicht gedeckt werden kann, weil dabei die kinderreichen Familien der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sogar noch über den Durchschnitt von 500 M. an der Finanzlast des Reiches teilnehmen würden. Andererseits folgt daraus, daß bei direkter Besteuerung, gleichviel in welcher Form, die Steuer zu Lasten des Mittelstandes und der Reichen gewaltig gestaffelt werden muß, um sie bei der breiten Masse auf ein noch erträgliches Maß herabdrücken zu können. Diese Folgerungen sind einfach und im Grundsätzlichen zwingend, wenn auch natürlich in der praktischen Ausgestaltung Kompromisse möglich sind. Man kann und wird gewiß direkte und indirekte Steuern machen. Aber wenn es bei den bisherigen Finanzreformen möglich war, durch ein solches Sowohl-Als auch dem Konflikt einigermaßen die Spitze abzubrechen, so handelt es sich doch diesmal um so ungeheure Summen, daß kein Kompromiß die Alternative „Direkte oder indirekte Steuern" wird umgehen können. Demgemäß sind direkte Reichssteuern nicht nur von neuem das Feldgeschrei der Linksparteien, sondern bis weit in die Mittelparteien hinein die Forderung, man darf fast sagen „die sittliche Forderung" der Stunde.

Diese Forderung wird aber, darauf muß man gefaßt sein, bei den Rechtsparteien, und nicht nur bei diesen, einen starken, organisierten und vielleicht erbitterten Widerstand finden, einen Widerstand, dessen Parole der Grundsatz sein wird: Dem Reiche die indirekten Steuern, — die direkten Steuern den Einzelstaaten!

Es mag auf sich beruhen, inwieweit hinter der Gegnerschaft gegen direkte Reichssteuern sich eine Abneigung gegen direkte Steuern überhaupt verbirgt, weil diese überwiegend die besitzenden Klassen belasten und gewisse Schichten noch immer den Mut der Steuerscheu haben. Man muß sich an die

Gründe halten, die die Gegner direkter Reichssteuern selbst ins Feld führen, und diese sind durchaus beachtenswert. Danach wünscht man die direkten Steuern nicht an sich zu vermeiden, aber man perhorresziert ihre Erhebung durch das Reich und für das Reich. Durch das Reich sollen direkte Steuern nicht eingeführt werden, weil es, wie ein konservativer Führer einmal im Reichstag ausgesprochen hat, unbillig sei, daß ein auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewähltes Parlament, in welchem der Einfluß der unbesteuerten und gering besteuerten Massen naturgemäß überwiegt, aus dem „Portemonnaie der Besitzenden" die Steuern bewilligt. Vor allem aber sollen die direkten Steuern nicht für das Reich erhoben werden, weil die Finanzen der Einzelstaaten, die in erster Linie doch aus direkten Steuern zu speisen sind, durch eine Steuerkonkurrenz des Reiches schwer gefährdet erscheinen. Zumal dieses letztere Argument, das früher vielleicht nur eine mehr theoretische Bedeutung hatte, gewinnt, vom Standpunkt der Einzelstaaten gesehen, ein geradezu unheimliches Gewicht, wenn man sich vorstellt, daß ein Reichsbedarf von mehreren Milliarden künftighin durch direkte Reichssteuern gedeckt werden soll. Die Steuerkraft der Besitzenden ist ja nicht unbegrenzt und sie ist schon jetzt durch Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern in den höchsten Stufen bis zu 20% und mehr des Einkommens in Anspruch genommen. Wenn nun jetzt das Reich, dessen Bedarf den der Einzelstaaten und Gemeinden zusammen erheblich übersteigen dürfte, den einzelnen Steuerzahler zu neuen Leistungen heranzieht, die noch höher sein müssen als die bisherigen, so würden die Einzelstaaten und Gemeinden notgedrungen auf einen großen Teil ihrer bisherigen direkten Besteuerung verzichten müssen, wenn anders sie vermeiden wollen, daß sich die direkten Steuern in ihrer Gesamtheit bis zu 50% des Einkommens staffeln. Es ist klar, daß hier die Interessen des Reichs und der Einzelstaaten sehr hart gegeneinander stoßen und daß die Frage der direkten Reichssteuern damit aufhört, eine Parteifrage zu sein, und zu einer staatsrechtlichen Frage ersten Ranges wird. Dies um so mehr, als die Tatsache, daß die vom Reich ausgehende direkte Besteuerung gewaltig stärker sein wird als die von den Einzelstaaten ausgehende, nicht bloß die Steuereinnahmen der Einzelstaaten bedenklich zu schmälern droht, sondern auch die notwendige weitere Folge haben muß, daß die Initiative hinsichtlich der Gestaltung der direkten Steuern den Einzelstaaten entwunden wird und gänzlich auf das Reich übergeht. Es wird ganz zwangsläufig so kommen müssen, daß die Einzelstaaten im wesentlichen auf eigene Steuerordnungen verzichten und nur noch Zuschläge zu den Reichssteuern erheben. Damit wäre aber die Finanzhoheit der Einzelstaaten in einer Weise eingeschränkt, die wahrscheinlich auch der reichsfrohesten Bundestreue unerträglich dünken dürfte. Man braucht die weiteren Konsequenzen, die eine solche Einschränkung oder Lahmlegung der einzelstaatlichen Finanzhoheit für das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten und für das ganze staatliche Leben der Einzelstaaten zeitigen müßte, nicht weiter auszumalen, um doch für sehr wahrscheinlich zu halten, daß das Programm der direkten Reichssteuern einen noch weit energischeren Widerstand als bei den Rechtsparteien des Reichstags schon bei den verbündeten Regierungen finden wird.

Das Problem sieht also böse aus: Auf der einen Seite das wohlbegründete Postulat der steuerlichen Gerechtigkeit, daß die Kriegslasten des Reichs überwiegend von den Besitzenden getragen, also durch direkte Steuern gedeckt werden sollen, — auf der anderen Seite der ebenso wohlbegründete Widerstand der Einzelstaaten gegen direkte Reichssteuern.

Und doch gibt es einen Weg, die beiden scheinbar unvereinbaren Gegensätze zu vereinbaren: Keine direkten Reichssteuern, — und dennoch Deckung des Reichsbedarfs überwiegend durch direkte Steuern. Dieses Ziel wird nämlich automatisch erreicht, wenn ein entsprechend großer Teil des Reichsbedarfs im Wege der Repartition von den Einzelstaaten übernommen wird. Denn wenn auf diese Weise der Reichsbedarf in Landesbedarf umgewandelt wird, so kann er, da die Einzelstaaten indirekte Steuern nicht erheben dürfen, nur durch direkte Steuern aufgebracht werden. Diese direkten Steuern werden dann aber von den Einzelstaaten erhoben, die demnach von ihrer Steuerhoheit nichts aufzugeben brauchen und in der Lage sind, in organischer, ihren besonderen Verhältnissen angepaßter Fortbildung ihr Steuersystem den neuen, wesentlich größeren Bedürfnissen gemäß auszuweiten.

Wie kann nun Reichsbedarf in Landesbedarf umgewandelt werden? Nach der bestehenden Reichsverfassung ohne weiteres in Form von Matrikularbeiträgen. Dieser einfachste, wenn auch keineswegs beste und nicht zu empfehlende Weg mag immerhin zunächst einmal ins Auge gefaßt werden.

Es braucht keiner näheren Darlegung, daß so gewaltige Matrikularbeiträge, wie sie hier in Frage kämen, nicht ohne die längst als notwendig empfundene „Veredelung" des im Art. 70 der Reichsverfassung vorgesehenen Umlagemaßstabes erhoben werden dürften. Also nicht nach Verhältnis der Bevölkerungszahl in den Einzelstaaten, sondern nach der Leistungsfähigkeit. Für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit besitzen wir aber seit dem Wehrbeitrags- und Vermögenszuwachssteuergesetz einen Maßstab, den wir früher nicht besaßen: Wir kennen jetzt auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag das Volksvermögen in den Bundesstaaten. Zwar, nach der Struktur des Gesetzes, nicht eigentlich das Volksvermögen im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern nur das „steuerbare" Volksvermögen im Sinne des Gesetzes, aber gerade dieses dürfte als Verteilungsmaßstab für die Matrikularbeiträge die Anforderungen steuerlicher Gerechtigkeit hinreichend erfüllen. Eine Differenzierung, etwa durch unter-

schiedliche Bewertung von Grundvermögen und Kapitalvermögen mag vorbehalten bleiben. Selbstverständlich müßte aber für unseren Zweck dem Volksvermögen hinzugerechnet werden das eigentliche, werbende Staatsvermögen, wie es in Eisenbahnen, Domänen, Bergwerken, Salinen, Staatsfabriken usw. vorhanden ist, und davon abgezogen werden die Staatsschulden. Auch dies bedarf wohl keiner Begründung. Es ergibt sich nach dieser Methode das reine Staats- und Volksvermögen der Einzelstaaten als Substrat ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, und nach Verhältnis dieser Substrate würden dann die Matrikularbeiträge umzulegen sein. Dieser Verteilungsmaßstab kann von drei zu drei Jahren auf Grund der Ergebnisse der Vermögenszuwachssteuer-Veranlagung eine Berichtigung erfahren.

Käme es nur darauf an, den Anforderungen steuerlicher Gerechtigkeit zu genügen, so könnte die Deckung des größeren Teils des Reichsbedarfs durch so „veredelte" Matrikularbeiträge schon als leidliche Lösung des Problems erscheinen. Indessen sind die Matrikularbeiträge an und für sich eine bei den Bundesstaaten mit Recht unbeliebte Einrichtung. Nach der gegenwärtigen Fassung des § 70 der Reichsverfassung werden sie den Bundesstaaten aus den Ueberschüssen der Zölle usw. zurückgezahlt, — davon könnte doch in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Der Matrikularbeitrag würde also künftig nicht mehr einen durchlaufenden Posten des Landesetats darstellen, sondern den wirklichen Hauptausgabeposten jedes Landesetats. Und wiederum wäre es eine überaus lästige Einengung der Finanzfreiheit der Einzelstaaten, wenn der Hauptausgabeposten ihres Etats ihnen in einer fest bestimmten Höhe vom Reiche aufgezwungen, sozusagen zwangsetatisiert würde. Deshalb möchte ich diese Regelung nicht befürworten, wenn es eine bessere gibt, und die gibt es.

Hat man sich erst einmal mit dem Grundgedanken vertraut gemacht, Reichsbedarf in Landesbedarf umzuwandeln, indem man einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen des Reichs auf die Einzelstaaten ablastet, so bietet sich dafür ein direkterer Weg. Die Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden, denen nach dem Kriege wahrscheinlich eine neue Milliardenanleihe wird hinzutreten müssen, wenn man dem System der Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigtenrenten die wünschenswerte Ausdehnung geben will, bildet ja doch den wesentlichsten Teil des künftigen Reichsmehrbedarfs. Nun also, dann ist dem Reich doch besser geholfen, wenn die Einzelstaaten ihm die Schulden selbst abnehmen, als wenn sie ihm jährlich in Form von Matrikularbeiträgen die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung erstatten! Und auch den Einzelstaaten ist damit besser geholfen, wie ich noch darlegen werde.

Mein Vorschlag geht also dahin: Die gesamte Reichsschuld wird auf die Einzelstaaten repartiert.

Zunächst ein Wort über die Rechtsform, in der dies geschehen kann. Eine eigentliche Schuldübernahme, bei der das Reich als Schuldner ausscheidet und die Einzelstaaten an seine Stelle treten, ist natürlich nicht möglich, da das Reich den Anleihegläubigern nicht andere Schuldner aufzwingen kann. Eine Uebernahme der Reichsschulden durch die Einzelstaaten kann also nur im Innenverhältnis in der Weise erfolgen, daß die Einzelstaaten sich dem Reich gegenüber verpflichten, es von den Verpflichtungen zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden zu befreien. Dazu bedarf es eines Staatsvertrages zwischen dem Reich und den Einzelstaaten (also auch der Zustimmung aller einzelstaatlichen Volksvertretungen). Hinsichtlich des Inhalts dieser Staatsverträge jetzt schon Einzelheiten zu erörtern, erschiene verfrüht. Die Einzelstaaten werden sich verpflichten müssen, innerhalb eines gewissen Maximalzeitraums ihren Anteil an der Reichsschuld zu tilgen, wogegen das Reich sich wird verpflichten müssen, etwa erforderliche Konvertierungsleihen auf seinen Namen auszugeben, und zwar gemäß den Dispositionen der Einzelstaaten, wie alsbald noch ausgeführt werden wird.

Für den Verteilungsmaßstab, nach welchem die Reichsschuld von den einzelnen Bundesstaaten zu übernehmen ist, gilt das oben über die Veredelung der Matrikalarbeiträge Gesagte. Jeder Bundesstaat übernimmt nach Verhältnis seines Staats- und Volksvermögens einen bestimmten Teil der Reichsschuld, und es ist dann jedem Bundesstaat überlassen, in welcher Art er den von ihm übernommenen Reichsschuldanteil innerhalb der festgesetzten Maximalzeit tilgt. Demgemäß ist auch hinsichtlich der Konvertierung der Reichsanleihen den Bundesstaaten freie Hand zu lassen. Vermag ein Bundesstaat, weil sein Kredit ebenso gut oder besser als der des Reiches ist, die übernommene Reichsanleihe in Staatsanleihe zu konvertieren, um so besser, das Reich ist dann endgültig von seiner Schuld befreit. Den Bundesstaaten muß aber auch freistehen, die Reichsanleihe als solche in Höhe des übernommenen Anteils zu konvertieren, d. h. das Reich muß verpflichtet sein, auf Verlangen eines Bundesstaats eine entsprechende Konvertierungsanleihe zu den von dem betreffenden Bundesstaat vorzuschreibenden Bedingungen unter seinem (des Reiches) Namen auszugeben, natürlich unter der finanziellen Verantwortung des betreffenden Bundesstaats.

Es ist klar, daß diese Schuldübernahme mit freier Tilgungsdisposition diejenige Art der Reichsfinanzreform darstellt, bei der die Bundesstaaten die größte Freiheit der Finanzgebahrung sowohl in der Gestaltung ihrer Etats als auch in der Art der Bedarfsdeckung durch Steuern sich erhalten können. Es ist diejenige Finanzreform, die die Forderung erfüllt, daß die Kriegsschulden von den Besitzenden bezahlt werden sollen, und die dennoch den Grundsatz aufzustellen und sogar gesetzlich festzulegen gestattet: Die direkten Steuern den Einzelstaaten! Nur

eine direkte Steuer wird dem Reich dauernd verbleiben müssen: Die Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer); sie ist notwendig, um eine Reichskontrolle über den jeweiligen Stand des steuerbaren Volksvermögens zu gewährleisten.

Diese Reichsfinanzreform durch Umwandlung der Reichsschulden in Staatsschulden wird aber noch günstige Nebenwirkungen zeitigen, deren Wert beträchtlich ist. Der Kredit des Reiches und damit der Börsenwert seiner Anleihen wird eine ansehnliche Steigerung erfahren, wenn für diese Anleihen nicht nur das Reich mit seinem Vermögen, sondern auch sämtliche Bundesstaaten mit ihrem Landesvermögen gutstehen, mag auch rechtlich eine direkte Haftung der Einzelstaaten gegenüber den Reichsanleihegläubigern nicht begründet werden. Die deutsche Reichsanleihe wird auf diese Weise mit einem Schlage die bestfundierte Staatsanleihe Europas, und man darf erwarten, daß sie dadurch das führende Anlagepapier des internationalen Kapitalmarktes wird. Dadurch aber wird es möglich sein, Milliarden deutscher Reichsanleihe in das Ausland zu begeben, und was das, zumal in den ersten Jahren nach dem Kriege, für die Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft bedeuten würde, braucht nicht weiter ausgemalt zu werden. Die Wertsteigerung der Reichsanleihen würde aber auch die weitere, vielleicht noch wichtigere Folge haben, daß sie, sobald ihr Kündbarkeitszeitpunkt da ist, auf einen wesentlich billigeren Zinsfuß konvertiert werden können, und so wird denn letzten Endes durch die vorgeschlagene Regelung dem deutschen Volke die Last seiner Kriegsschulden positiv erleichtert werden, was für den einzelnen Steuerzahler schließlich noch wichtiger ist als die Frage, ob er seine Steuern an das Reich oder an den Staat zahlt.

Englische Staatsmänner und englische Politik.

Von

Myson.

Durch mehr als ein Jahrhundert hat die gesamte kontinentale Welt mit staunender Ehrerbietung das Land der Freiheit, des politischen Verstandes und der politischen guten Sitten, als das ihm England galt, betrachtet. England war nicht nur das konstitutionelle Musterland, das durch eine vielhundertjährige Praxis zum großen Vorbild aller anderen nach Freiheit sich sehnenden Staaten wurde, es galt auch als der höchste Sitz staatsmännischer Weisheit, als Hort bürgerlicher und richterlicher Gerechtigkeit.

Erst sehr nach und nach begann man große Korrekturen an diesem Idealgemälde vorzunehmen, und mit der Zeit wurde es so übermalt, daß es uns heute als eine Karrikatur seines ehemaligen Seins erscheint. Vornehmlich in Deutschland ist man geneigt, alle englischen Staatsmänner für Schufte oder Narren auszugeben und die ganze englische Politik als eine bewußte Lüge hinzustellen. Dies ist selbstverständlich in einem Krieg ein berechtigtes Urteil; denn in einem Krieg darf man ab irato urteilen, was im Frieden kaum gestattet ist. Der Zorn gegen unseren stärksten, gefährlichsten und haßerfülltesten Feind stieg soweit, daß er sich zu dem Ruf „Gott strafe England" verdichtete und daß es wohl möglich ist, für lange Zeit nach dem Kriege noch alle Bande abgeschnitten zu sehen, die germanische und angelsächsische Kultur sonst verbanden.

Es gehört Mut dazu, heute anders wie vom Standpunkt der Feindschaft aus über Englands Staatsmänner zu schreiben. Vor mir liegt ein kleines Buch, eines der Ullsteinbücher aus der Serie „Männer und Völker", das den Titel trägt: „Englische Staatsmänner" von Sil-Vara. Es enthält kurze Porträtskizzen der Männer, die heute die Geschicke Groß-Britanniens in der Hand haben und deren Namen wir täglich auch in deutschen Zeitungen lesen. Aber was dem erfahrenen Politiker längst bekannt war, war bisher der großen Masse unseres Volkes verschleiert, der Umstand nämlich, daß alle diese Männer, die wir mit berechtigtem Zorn als unsere Gegner behandeln, große Gegner sind, und nicht die lächerlichen Figuren, für die sie gemeinhin bei uns ausgegeben werden. Wir ahnen ja eigentlich nichts von dem Wesen der Politiker, die auf der Gegenseite als Führer stehen; denn was unsere Botschafterberichte enthalten, wissen wir nicht, und ob sie das richtige enthalten, ist immerhin auch noch die Frage. Es gibt aber nichts verfehlteres, als seine Gegner zu unterschätzen und ihnen Gaben und Kraft abzusprechen, die sie besitzen. Wir wissen heute, daß wir über Englands Heer uns getäuscht haben, ebenso über Englands organisatorische Begabung und über das zielbewußte, vor nichts zurückschreckendem Handeln englischer Staatsmänner. Wir verdammen es schlechthin, wenn wir von ihm reden, als sittenlos. Aber da wir uns in einem Kampf befinden, der sich so zugespitzt hat, daß es scheint, es handelt sich für beide Teile um Sein oder Nichtsein, so muß man sich fragen, ob vom englischen Standpunkt aus dies Handeln das gleiche Beiwort verdient und ob nicht manchen unserer Staatsmänner zu wünschen wäre, sie handelten ebenso rücksichtslos für uns, wie es ihre englischen Kollegen für England tun.

Vornehmlich erfahren wir eines, daß alle diese Männer, wie sie auch heißen mögen, ob sie

Aristokraten reinsten Wassers sind oder nicht, ein Leben der härtesten Arbeit und der größten Mühen hinter sich haben, daß sie, ob sie Selfmademan sind oder nicht, ob sie im Gegenteil die sorgfältigste und formvollendetste Bildung erhalten haben, sich eine Unsumme von Kenntnissen erwarben, theoretischen wie praktischen. Wohl möglich, daß sich diese Kenntnisse zunächst bei vielen nur auf ihr eigenes Land und seine Kolonien bezogen, aber gerade diese Beschränkung machte sie befähigt, mit hartem Egoismus, ohne auf die Interessen fremder Völker zu achten, die Geschäfte ihres Landes zu besorgen.

Was hat nicht alles Mister Asquith, den wir nur als einen brutalen und größenwahnsinnigen Mann kennen, an sozialer Arbeit geleistet. Ihm und seinem Klienten, den er ehemals verteidigte, John Burns, ist es zu verdanken, daß die englische Sozialgesetzgebung zu neuer Blüte gelangte. Und denken wir der Tatkraft, die Josef Chamberlain, der so spät in eine wechselreiche Laufbahn der hohen Politik erst eintrat, zuvor für die Vaterstadt Birmingham aufgewendet hat, der er eine Musterverwaltung gab, er, der Sohn des kleinen Schuhfabrikanten, der alles aus sich selbst gelernt. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der hungernde Waliser Schulmeisterssohn Lloyd George, der noch als Rechtsanwalt so arm war, daß er sich keine Robe kaufen konnte, um vor Gericht zu plaidieren, der Mann war, der die größte Parteiumwälzung in England hervorgebracht hat und der die Privilegien des Oberhauses zu Fall brachte. Er und der schlichte John Redmond haben auch die Homerulefrage nicht ruhen lassen und sie unmittelbar vor dem Krieg fast zur Entscheidung schon gebracht.

Auch der Führer der Opposition Bonar Law, der Leiter der Konservativen, ist kein Aristokrat, sondern war Kaufmann und Industrieller. Seine Kenntnisse, die er sich in diesen Berufen erworben hatte, machten ihn doppelt fähig für seine staatsmännische Laufbahn.

Man wird es verstehen, wenn wir mit einem von Neid nicht ganz freien Gefühl diesen Demokratismus der Laufbahnen betrachten, in der der Tüchtige trotz aller Hemmungen zu einem wirklichen großen Ziel gelangen kann. In der Beziehung können wir mancherlei von England lernen! Und man wird es auch begreifen, — wenn wir die Summe von Erfahrungen zusammenrechnen, die diese und andere Männer sich erworben haben, — warum das individualistische England trotz alledem in diesem Krieg eine organisatorische Kraft entwickelte, die zu unterschätzen, unser größter Fehler wäre.

Und sehen wir uns nun die Aristokraten an. Winston Churchill kennen wir nur als einen Prahlhans und ein Großmaul. Dieser Prahlhans, von dem unsere Zeitungen nur mit Spott berichteten, als er „Soldat“ wurde, hat vorher schon in soundso viel Feldzügen in allen Erdteilen tapfer gekämpft, und das hätte man doch eigentlich wissen sollen! Er war zugleich der genialste Zeitungsschreiber, den England je gesehen: Offizier und Reporter in einer Person. Dabei beseelt von einem unablässigen Tatendrang, der häufig auf Abwege führte, mitunter aber für sein Land auch sehr Ersprießliches im Gefolge hatte.

Und dann der Vornehmste der Vornehmen: Lord Roseberry. In Eton, der berühmtesten Publicschule vorsichtig ausgebildet, dann auf Christ-College, das ebenso wie Balliol-College die Brutstätte großer Staatsmänner ward, auf der bedachtsam Lehrer, wie in Eton, schon die Talente ihrer Zöglinge individuell behandelten, trat er allzu früh die große Erbschaft, die ihn in das Oberhaus brachte, an, und der größte Kummer dieses gebildetsten aller englischen Aristokraten blieb stets, daß er im Oberhaus und nicht im Unterhaus saß. Er hat dies nie verwunden, er sehnte sich nach größerer Freiheit, als sein Stand sie ihm gab. Und es ist bezeichnend für seinen Geist, daß er sich in eine Stadtverwaltung wählen ließ, um fruchtbarer für die Gemeinschaft wirken zu können!

Vielleicht nur auf Lord Curzon und Mister Balfour paßt der Begriff, den wir uns von englischen Aristokraten machen, wobei wir aber nicht übersehen dürfen, welche Tüchtigkeit auch diese Männer in ihren Aemtern bewährten. Und wenn wir es wieder lesen, was auch der großen Menge unseres Volkes nicht bewußt ist, daß man in dem praktischen England Sir Edward, den heutigen Lord Grey, für den größten Diplomaten seit Disraeli hält, so wird dies zwar nicht unser Urteil über das Verhalten des Mannes ändern, aber doch über seine Bedeutung.

* * *

Wenn wir trotz alledem die englische Politik, obwohl sie die zielbewußteste und rücksichtsloseste ist, die es außer der römischen in der Weltgeschichte gegeben hat, heute nicht mehr verstehen, heute da Staatsmänner und Politiker von dem Können, wie wir es eben geschildert haben, sie leiten, so hat das völkerpsychologische Gründe, die tiefer liegen. Auch der bedeutendste Einzelne, ja selbst das Genie kann das Rad der Geschichte nicht rückwärts drehen. England ist saturiert seit langer Zeit, und für saturierte Völker gibt es schließlich keinen Aufstieg mehr, sie sind dem Gesetz der Wandelbarkeit unterworfen. Sie haben ihre Zeit gehabt, und alle Riesenkraft, die sie auch noch beim nahenden Verfall beweisen, kann sie nicht vor dem Herabgehen schützen. Carthago hat niemals größere Leistungen als zur Zeit der Barkiden aufgewiesen, und dennoch war diese Zeit die Zeit seines Vergehens. Das Frankreich unter Napoleon I. hat ebenso große Opfer wie das heutige Frankreich an Geld und Blut gebracht, und trotzdem konnte es sich auf seiner Höhe nicht halten.

England hat sich auf seiner Höhe viel länger zu halten gewußt als die meisten anderen Völker. Seit Elisabeths Tagen ist es zur Beherrscherin der See geworden und zu der großen Handels-

vermittlerin der Welt, dadurch bald zur Beherrscherin des größten Teiles der Welt. Dabei hat es für diese ungeheure Leistung verhältnismäßig wenig Mühe aufzuwenden gebraucht, und dieser geringe Kraftverbrauch mag der Grund des Anwährens seiner Herrschaft gewesen sein. Das kommt aber daher, daß England durch seine insulare Lage, die dabei es in die nächste Nähe des Erdteils setzte, der die Vormacht unter seinesgleichen war, alle Vorteile des größten kontinentalen Staates hatte ohne dessen Nachteile. Nicht an kriegerische Nachbarn angrenzend, durch die Wellen des Meeres geschützt, stets im Reichtum schwimmend, brauchte es nur hölzerne Schutzwände sich zu schaffen und fand für sie die Besatzung in aller Herren Länder. In den fremden Erdteilen aber war das Unterwerfen unzivilisierter Völker leicht, und die zivilisierten europäischen Völker, die dort schon Besitzungen besaßen, behandelten den Besitz entweder stiefmütterlich oder waren zu schwach, von Hause aus ihn gegen englische Angriffe zu schützen. So konnte Großbritannien auf beiden Hemisphären gewaltige Gebiete sich aneignen, während europäische Großmächte sich um Grenzdörfer rauften.

Diese insulare Lage hat auch Englands freiheitliches Leben gefördert. Das Volk, das auf der Insel saß, war nicht dem europäischen Feudalismus und dann dem europäischen Absolutismus so leicht zugänglich für lange Zeiten zu machen, wie die kontinentalen Staaten. Die gegenseitigen Beeinflussungen dieser aufeinander fehlten, die zugleich Hemmungen sind, und so konnte die Evolution in England stetig vor sich gehen, solange bis sie erstarrte. Das tat sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und erst die Katholikengesetzgebung, der Kampf um das Wahlrecht des Unterhauses, dem sich schließlich der Kampf um Homerule und das Oberhaus anschlossen, schien diese Erstarrung wieder beheben zu wollen. Doch während der Periode, in die diese Ereignisse fielen, hatte der Kontinent eine beschleunigtere Entwicklung gehabt. Staaten mit zum Teil weitstehenderer sozialer Voraussicht, nationale Staaten waren groß geworden, Staaten, die zum Organisieren gezwungen waren, welchen Zwang England, das durch seine ganze Entwicklung zum politischen Individualismus hingeführt wurde, nicht zu erdulden gehabt hatte.

Die organisatorische Kraft muß zum Schluß dem Individualismus die gefährlichste Konkurrenz machen, und zwar auf allen Gebieten, vornehmlich auf dem des merkantilen Wettbewerbes. Die größte organisatorische Kraft hieß Deutschland. Wer die belgischen Gesandtschaftsberichte aus den Jahren 1905–14 aufmerksam durchliest, wird finden, daß der rote Faden, der durch die gesamte englische Politik nicht nur dieses Dezenniums, sondern auch des vorhergehenden geht, die Angst vor der deutschen Konkurrenz ist, und daher der Gedanke, sie niederzuzwingen. Insulare individualistische Staatsmänner, so tüchtig sie auch sein mögen, kamen zunächst auf die Idee, ihr eigenes Land möglichst bei der Entscheidung zu schonen und den Gegner durch Verbündete niederringen zu lassen. Die Einkreisungspolitik, die König Eduard begann und Sir Edward Grey fortsetzte, findet so ihre Erklärung. Ihr Prinzip erwies sich als ohnmächtig unserer Organisation gegenüber, und daher entschloß sich England nun selbst, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, zu organisieren. Dank der Tatkraft, die unsere erbittertsten Feinde, aber großen Feinde, die Staatsmänner, die heute England regieren, besitzen, gelang ihm diese Organisation weit besser als wir es angenommen hatten. Doch sie kann nimmermehr genügen, den Endzweck der englischen Politik zu erreichen. Wie Carthago schließlich alle seine große Kraft den Barkiden zur Verfügung stellte, und doch nicht Rom niederzwingen konnte, so wird es dem England von heute gehen. Das „Zu spät“ läßt sich in der Geschichte nicht wieder aufheben, selbst wenn noch so arbeitsame und begabte Männer daran arbeiten.

Auslandsspiegel.

Was soll aus Spanien werden?

Im „Eclair“ vom 25. August stößt Victor Cambon folgenden Notschrei aus: Wiederum komme ich auf Spanien zurück. Denn aus den mir zugegangenen Meldungen von dort geht klar hervor, daß Spanien unter allen neutralen Ländern nach dem Kriege dasjenige sein wird, wo Deutschland seine industrielle und kommerzielle Klaue am wirksamsten eingeschlagen hat. Vor 1914 waren die größeren spanischen Geschäfte in den Händen deutscher Firmen oder von Filialen dieser Firmen; sie waren teils Handelsagenten, teils besaßen sie Fabriken in der Halbinsel. Daneben gab es zahlreiche Gesellschaften von jenseits des Rheins, die zeitweise nach Spanien ihre Reisenden schickten, welche spanisch sprachen und die lokalen Sitten genau kannten. Automobilfabrikanten, einige Häuser der chemischen Industrie und eine Gesellschaft für industrielle Einrichtungen — das waren die einzigen einigermaßen bedeutenden Vertreter des französischen Fabrikats. Seit dem Kriege haben die Spanier sicherlich keinen übermäßigen Nutzen aus dem entsprechenden Reichtum ihres Bodens gezogen, um daraus diejenigen Produkte zu gewinnen, die überall fehlen, und deren Preis so furchtbar gestiegen ist. Zwar meldet man hier und dort einige Fortschritte, die aber keineswegs den vorhandenen Bedürfnissen entsprechen. Und forscht man nach, auf wen die Initiative dieser neuen oder vermehrten Produktion zurückzuführen ist, so ist es selten, daß man nicht deutsche Unternehmungen entdeckt. Eine der hauptsächlichsten Ursachen dieser verhältnismäßigen Stagnation ist der Mangel

an Werkzeugen, die unsere Feinde durch die Blockade verhindert werden, nach Spanien gelangen zu lassen. Daher begnügen sich die zahllosen Deutschen, die sich dort niedergelassen haben oder von allen Punkten der Erde dorthin geflüchtet sind, zunächst damit, das Land zu bereisen, den Grundstock zu ihren zukünftigen Unternehmungen zu legen, um an die Ausführung mit deutschem Material unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten gehen zu können. Die Parole aller Germanen, wo sie auch immer wohnen, und welches auch immer ihr Beruf sein möge, ist eine Geschäftigkeit, die keine Grenzen kennt. Spanien wird sich also im Frieden in der Lage eines von deutschem Element besetzten und von diesem Eindringling ausgebeuteten Landes befinden. Und da die Mittel, welche dieser Eindringling daraus ziehen wird, ungeheuer sind, da sie überall fehlen werden, da diese Erzeugnisse auf alle Märkte geworfen werden dürften, besonders auf unseren Markt, mit einer echt spanischen Etikette versehen, so wird sich Deutschland auf diese Weise bedeutende Gewinne sichern. Das sind die Gewißheiten, die einem in die Augen springen, wenn man gegenwärtig durch Spanien reist. Es scheint nicht weniger offenbar, daß Frankreich in der gleichen Zeit weder industrielle Vertretungen, noch Industrien entwickelt hat. Und doch war die Gelegenheit einzig, um dort Fuß zu fassen. Man erwidert entschuldigend, daß wir jetzt nicht über das für derartige Operationen passende kommerzielle und technische Personal verfügen, weil dieses Personal damit beschäftigt ist, Frankreich zu verteidigen, was zu drei Feststellungen führt: primo, daß wir weder vor dem Kriege noch jetzt französische Vertreter in Spanien besaßen, die fähig wären, gegen ihre deutschen Konkurrenten zu kämpfen; secundo, daß Deutschland, noch mehr als wir selbst, Männer zu seiner Verteidigung braucht, und daß es dennoch Mittel und Wege gefunden hat, seine Verteidiger an denjenigen Stellen zu belassen, an denen sie für Deutschlands Zukunft laut dessen politischen Taylorismus am nützlichsten sind. Die elementarste Logik zeigt, daß es uns unmöglich sein wird, morgen auf wirtschaftlichem Gebiet gegen unsere Feinde anzukämpfen, wenn wir notorisch minderwertige Methoden gegenüber denjenigen unserer Gegner in Anwendung bringen.

Im übrigen erstreckt sich unsere wirtschaftliche Untätigkeit nicht nur auf Spanien, sondern auf die ganze iberische Halbinsel. Erst heute empfing ich von dem in Handelsangelegenheiten qualifiziertesten Geschäftsmanne Portugals einen Brief, in welchem folgendes gesagt wird: „Der Verband der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie Portugals hat an die Vereinigung für die wirtschaftliche Ausbreitung Frankreichs geschrieben und gekabelt; er hat keine Antwort bekommen. Es handelt sich um die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Verbündeten. Die italienisch-portugiesischen Ausschüsse sind gebildet. Wir warten noch immer auf die Franzosen. Es scheint, daß sich Frankreich für die kommerzielle Vorbereitung kaum Mühe gibt.“ Man kann die Vereine, Kongresse usw. vervielfältigen. Wenn man so vorgeht, dann werden die Ententen jedermann nützen, außer uns. Das haben auch einige französische Ingenieure voll begriffen. Sie haben beschlossen, eine große und methodische Vertretung unserer Industrien in ganz Spanien zu organisieren. Da sie schon vor dem Kriege in Spanien ansässig waren, da sie das Land und die Sprache genau kennen, so haben sie, trotz der Mobilisierung, die einige von ihnen betroffen hat, doch nicht aufgehört, lebhafte Beziehungen zu dem Lande in der Hoffnung zu unterhalten, daß sie nach dem Kriege den Verkauf und die Fabrikation mehr werden entwickeln können. Ihre Methode besteht darin, in ihrer Hand eine gewisse Zahl von Produktionen, für welche sie besonders kompetent sind, zu vereinigen, sodaß sie also eine Art Block von Agenturen bilden, um die Generalunkosten zu verringern. Außerdem sind diese Vertretungen so gewählt, daß sie sich für industrielle Installationen einander ergänzen können. Jede französische Firma verschafft demnach den anderen Häusern, je nach dem Fall, den Gewinn aus Lieferungen, welche jene zweifellos schwerlich erhalten würden, wenn sie sich einzeln meldeten. Der Plan besteht, auf diese Weise mechanische, elektrische, metallurgische und Montanindustrien zusammenzuschließen. Die Erfahrung der Beteiligten und ihrer Auftraggeber wird zeigen, in welchen Fällen man sich darauf zu beschränken hat, jenseits der Pyrenäen französische Erzeugnisse zu verkaufen, und in welchen Fällen es vorzuziehen sein wird, richtige Filialen von französischen Industriegesellschaften zu begründen. Hier wird wahrscheinlich die Rolle des neuen Banksystems, das gegenwärtig in zahlreichen Provinzstädten geschaffen wird, eingreifen; jenes Systems, das tatsächlich der französischen Industrie Mittel verschafft, anstatt die Kapitalien dem Auslande zu liefern, wo sie dazu dienen, der französischen Industrie Konkurrenz zu machen. Mit besonderem Nachdruck lenke ich die Aufmerksamkeit des Publikums zuerst auf unsere ganz ungenügenden Anstrengungen im Auslande. Hier handelt es sich um ein ernsterwogenes und praktisch geprüftes Programm, das für ähnliche Organisationen in anderen Ländern als Muster dienen kann. Solche Beispiele sind leider recht selten bei uns. . . . .

„Die Wiedergeburt der chemischen Industrie Frankreichs“.

Unter dem Titel „Die Wiedergeburt unserer chemischen Industrie“ veröffentlicht L. Houllevigne im „Temps“ folgende Arbeit: Zahllose und mächtige Fabriken sind in der Nähe von Paris aus dem Boden gewachsen, in der Lyoner Gegend, ja selbst in der Einöde von La Crau, um die Säuren, das Pulver und die Sprengstoffe, die wir brauchen, herzustellen. Im Frieden wird man sie schließen oder sie benutzen müssen. Die zweite Lösung ist diejenige, auf welche wir alle unsere Bemühungen konzentrieren müssen, weil sie, zum doppelten Nutzen

des Staates und der Privaten, die intensive Arbeit der letzten beiden Jahre sich zunutze macht. Uebrigens bietet sie bei weitem nicht die Schwierigkeiten, die gewisse Leute sich einbilden. Explosivstoffe oder Farben und künstliche Parfüms herstellen, ist fast ein und dasselbe. Die Teerindustrie bildet einen Block. Dasselbe Personal kann in derselben Fabrik mit denselben Produkten rauchloses Pulver oder künstliche Seide, Trinitrotoluol und Melinit oder Anilin und Nitrobenzin herstellen. Es kann sich ebenso leicht der Fabrikation photographischer Erzeugnisse widmen, wie der Herstellung der zahllosen pharmazeutischen Spezialitäten. So kann man im Handumdrehen unsere Kriegsfabriken in Friedensfabriken verwandeln und umgekehrt, wie die Deutschen im Jahre 1914 ihre Friedensfabriken in Kriegsfabriken verwandelt haben. Sie haben uns da eine Lektion erteilt, die wir teuer genug bezahlt haben, um sie wieder zu vergessen. Und wir wollen die Gewähr dafür haben, den Frieden zu bewahren; die sicherste Garantie ist immer noch diejenige, bereit zu sein, uns zu verteidigen. Wir haben also die Pflicht, alle unsere chemischen Fabriken offen und am Leben zu erhalten — mit dem technischen Personal, das bei dem ersten Waffenlärm mobilisiert werden kann. Und da der nationale Markt, noch auf lange Zeit hinaus, nicht breit genug sein wird, um allen Fabriken das Leben zu sichern, so müssen wir chemische Produkte exportieren und bei den Neutralen die Kundschaft wiedergewinnen, die Deutschland sich angeeignet hatte. All das ist nicht etwa die Entwickelung eines aggressiven und verheerenden Nationalismus, es ist die berechtigte Klugheit eines Volkes, das, nachdem es in seinem menschenfreundlichen Traume beinahe erwürgt wurde, nunmehr seine Haut und seine Knochen schützen will. Wir sind uns also über das, was wünschenswert ist, völlig einig. Sind wir aber fähig, Deutschland seine Vorherrschaft, die es seinen natürlichen Hilfsmitteln und 30 Jahre langen Anstrengungen verdankt, zu entreißen? Wir können es, wenn wir verstehen, uns zu organisieren. Wir haben seit dem Kriege Rohstoffe, Fabriken, technisches Personal. Wir werden nach dem Siege die Achtung derjenigen Neutralen besitzen, die uns ihre sympathische Bewunderung (Achtung! — sympathische Bewunderung!) noch nicht zu teil werden ließen. Es fehlt uns nur noch, unsere Bemühungen zu vereinigen auf das gemeinsame Ziel hin. Ich drücke mich schlecht aus: Die Einigkeit selbst fehlt uns gar nicht mehr, und das ist die große Neuigkeit, die ich meinen Lesern mitteilen wollte, vorausgesetzt, daß sie sie noch nicht kannten. Sie haben zweifellos gelesen, daß der Handelsminister, in seinem Eifer für das öffentliche Wohl, unter seinem Vorsitz eine „Kommission der Farbenindustrie“ ins Leben gerufen hat. Sie vereinigt hohe Persönlichkeiten mit anerkannten Autoritäten. Zweck dieser Kommission ist es, wie es scheint, „die Mittel zu studieren, um eine Organisation zu schaffen, welche die Begründung und Entwickelung einer nationalen Farbenindustrie erleichtert“. Ein so energisches Programm erfüllt mich in bezug auf die Arbeit dieser Kommission mit großen Hoffnungen. Ich erwarte in 2—3 Jahren einen umfangreichen und gründlichen Bericht von ihr. Es scheint aber, daß Industrielle, Geschäftsleute, die den Wunsch haben, vor dem Jahre 2000 zum Leben zu kommen, die Initiative ergriffen und ein „Nationalsyndikat für die Farbenindustrie“ gegründet haben, dessen Zweck es ist, nicht die Mittel zu studieren, um eine Organisation zu schaffen, welche . . . usw., sondern diese Organisation selbst ins Leben zu rufen. Ich habe die Listen der Veranstalter dieser großen nationalen Bewegung vor mir. Ich finde daselbst mit Freude die größten Namen unserer Industrie, von den Kohlen- und metallurgischen Gesellschaften, welche das Rohprodukt herstellen, bis zu den Färbereien, den Papeterien, den Textilfabriken, welche die Farbenerzeugnisse benutzen. Ich möchte diese Namen nennen, um zu zeigen, bis zu welchem Punkte diese beiden Kampfjahre unser Frankreich gereift und den Burgfrieden in denjenigen Kreisen verlängert haben, die bisher an die Rivalitäten der Konkurrenz gewöhnt waren. Aber es sind ihrer zu viele. Wesentlich ist, daß sie die Hoffnung haben, in ihrem nationalen Werke alle lebenden Kräfte des Landes zu vereinigen. Schon kommen, neben der Pariser Gegend, Lyon, Saint-Etienne, Roanne, Annonay auf den ersten Ruf und bringen ihre ganze Energie und Initiative mit. Ich bin darüber keineswegs erstaunt, denn die große Lyoner Industrie ist ja an weiten Blick und schnelle Entschlüsse gewöhnt. Im übrigen hat der Bürgermeister von Lyon, Herr Herriot, in Person mitgeholfen und nicht lange Zeit gebraucht, um den zerstreuten Staub des guten Willens zu amalgamieren. Er selbst hat kürzlich sein Vertrauen in den Erfolg ausgesprochen: „Ich sagte vor einigen Wochen: Verstehen wir nicht, das wissenschaftliche und industrielle Kapital zu vereinigen, das nötig ist, um ein großes Unternehmen chemischer Produkte ins Leben zu rufen, so wird morgen unsere Färberei, unsere Parfümerie, unsere Sprengstoffindustrie unter die Abhängigkeit der deutschen chemischen Industrie geraten. Heute ist dieses große Unternehmen, das ich kaum zu träumen wagte, im Begriff, eine Wirklichkeit zu werden. Die Kriegsfabriken werden ihre Arbeit nicht aufgeben. Dank unserem nationalen Unternehmen für chemische Produkte, werden sie weiter produzieren. Hunderttausende von Arbeitern werden ihre Löhne behalten. Und die Fabriken, die heute den Tod fabrizieren, werden es morgen ermöglichen, daß Frankreich im Frieden viel mächtiger sein wird.“ Man sieht klar, welches das angestrebte Ziel ist: Unsere Farbenfabriken derart zusammenzuschließen, daß, während jede einzelne ihre Selbständigkeit bewahrt, alle zusammen gegenüber dem Käufer einen Block bilden, indem sie die Gesamtheit der Produkte unserer Fabrikation dem Publikum zur Verfügung stellen.

„Bauen wir Schiffe!“

So lautet die Losung, mit der das bekannte Mitglied des Instituts Raphael-Georges

Lévy im „Petit Journal" vom 26. August folgenden Artikel veröffentlicht: Man rüstet sich für die Zeit nach dem Kriege! Und wie hat man Recht! Oekonomische, interparlamentarische, intergouvernementale Konferenzen versammeln sich und beraten über den Plan einer kombinierten Aktion der Verbündeten auf kommerziellem und industriellem Gebiet. Man sucht nach dem Mittel, mit unseren Freunden und Neutralen den Austausch zu vervielfältigen. Vergessen wir aber nicht, daß die erste Bedingung internationaler Beziehungen das Vorhandensein von den Bedürfnissen entsprechenden Transportmitteln ist. Die Eisenbahnen kommen nur für unsere Transporte nach den Ländern unserer Nachbarn — Belgien, Schweiz, Italien, Spanien — oder für unsere Importe von dort in Betracht. Der Rest unseres Handels geht im wesentlichen über das Meer und wird in Zukunft diesen Weg noch ausgiebiger benutzen. Denn wir werden versuchen, uns von der Verpflichtung, die deutschen und österreichischen Schienen für die Verwendung von für die orientalischen Länder bestimmten Waren zu befreien. Schon ist ein Projekt aufgetaucht, welches neue Dampferlinien zwischen unseren Häfen im Kanal und im Norden und den russischen Ostseehäfen schaffen will. Nach dem Kriege werden wir schnelle Dampfer besitzen, die Le Hâvre, Boulogne, Dunkerque mit Libau, Riga und Petersburg verbinden. Wir brauchen eine mächtige, zahlreiche Handelsflotte, die bereit ist, sich unseren Kaufleuten zur Verfügung zu stellen, die Produkte unserer Industrie durch die Welt zu tragen und uns dagegen die Rohstoffe oder anderen Waren, die wir brauchen, zu bringen. Schon vor dem Kriege war unsere Handelsflotte kaum ausreichend. Eine sehr große Zahl von Handelsschiffen ist vom Staate requiriert worden, der sie ununterbrochen arbeiten läßt. Die Einheiten, die den Gesellschaften und Reedern zur Verfügung geblieben sind, fahren unaufhörlich. Alle diese Schiffe werden bei Beendigung der Feindseligkeiten müde sein und Reparaturen benötigen. Was wird nun während dieser Zeit aus der Handelsflotte unserer Feinde? Zum Teil ist sie in den deutschen Häfen blockiert, z. T. in denen der neutralen Länder, wie z. B. in den Vereinigten Staaten, wo sie nicht herauszufahren wagt, da die englischen und französischen Geschwader in allen Weltmeeren gute Wacht halten. Diese während des Krieges immobilisierten Dampfer werden, wenn der Krieg vorüber ist, wieder verfügbar und sind bereit, unter ausgezeichneten Bedingungen wieder das Meer zu befahren, da sie ja nicht, wie unsere Schiffe, havariert oder abgebraucht sind. Die Deutschen werden also, von einem Tage zum anderen, nicht nur ihre Schiffe wieder zur Verfügung haben — nein, sie sind augenblicklich damit beschäftigt, deren Zahl noch zu erhöhen. Die 1 300 000 Tonnen, die ihnen fortgenommen oder von uns und unseren Verbündeten zerstört worden sind, werden ersetzt. In der Stunde, wo der Wirtschaftskampf den militärischen Kämpfen folgen wird, werden unsere Gegner mit einer Flotte dastehen, die Einheiten besitzt, wie der „Bismarck" von 56 000 Tonnen. Wir müssen die Macht, die diese Lage ihnen geben wird, anerkennen und schon heute die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die dringendste ist der Bau von Schiffen. Wir haben Werften auf den Küsten des Mittelmeers und des Ozeans. Wir haben dort Arbeiter, darunter Gefangene, deren Zahl täglich wächst. Die Anstrengung, die es zu machen gilt, besteht darin, sich die erforderlichen Rohstoffe oder Halbfabrikate schnell zu beschaffen. In normalen Zeiten liegt diese Aufgabe ihnen allein ob. Heute, wo die Regierung, direkt oder indirekt, eine Menge von Betrieben und Waren monopolisiert hat, muß sie eingreifen. Möge sie die Mittel, über die sie verfügt, den Werften zur Verfügung stellen, damit sie ihre Tätigkeit verdoppeln können. Die Deutschen haben die 5 Millionen Tonnen, auf welche sich ihre Handelsflotte im Juli 1914 belief, wieder hergestellt. Halten wir uns diese Ziffer vor Augen und ziehen wir daraus die notwendigen Schlußfolgerungen. Wir haben jetzt mit den Engländern die militärische Herrschaft über die Meere. Vergessen wir aber nicht, daß die britische Handelsmarine, die einst diejenige unserer gemeinsamen Feinde um das Dreifache überragte, bald nur noch doppelt so groß sein wird. Verlieren wir keinen Tag, um unsere Handelsflotte zu vergrößern, deren Rolle schon beträchtlich ist, die aber in Zukunft noch viel bedeutender sein wird. Bauen wir Schiffe! . . .

Revue der Presse.

Es ist bekanntlich nicht alles Gold was glänzt. Das alte Sprüchwort erlangt wieder eine ungewohnte Bedeutung, wenn man die eigenartigen Gold-Transaktionen unserer famosen Gegner einmal unter die fachmännische Lupe nimmt, wie dies in einem ausgezeichnet und klar geschriebenen Artikel:

Der Goldschwindel der Entente

in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" (13. September) geschieht. Der ungenannte Verfasser unterzieht die Goldverschiebungen von (milde ausgedrückt) ungewöhnlicher Form einer eingehenden Beleuchtung und weist überzeugend an der Hand des tatsächlichen Materials nach, daß das angeblich vorhandene Gold dieser Ententestaaten, insbesondere Englands, nur äußerlich in den Buchungen vorhanden ist, ein patriotischer Betrug, der einmal niedriger gehängt werden soll. Dabei spielt das „Gold im Auslande" eine bedeutsame Rolle. Interessant sind folgende Ausführungen. Frankreich

gibt neuerdings, weil alle Goldreserven der Entente offenbar erschöpft sind, sein sorgsam gehütetes Staatsbankgold her, trotz der Auftürmung einer Banknotenausgabe von 16,42 Milliarden Frcs. am 31. August 1916. Zum ersten Male erschien nun in den Ausweisen der Bank von Frankreich der Posten „Gold im Ausland“ am 8. Juni d. J. mit 69 Millionen Frcs. Er entwickelte sich dahin, daß Ende Juni 271 Mill. und Ende August 574 (!) Mill. Frcs. angegeben wurden. Ganz analog meldete dann London in den beiden letzten Monaten die entsprechend starken Goldzuflüsse aus Paris. In der Bank von England befindet sich nunmehr außerdem noch russisches, belgisches, indisches, ägyptisches, kanadisches (und wahrscheinlich auch italienisches) Gold. Demnach müßte England buchstäblich im Golde schwimmen; denn die Kassen der Bank von England borgen bezieh. schulden der russischen Bank 4443 Millionen Mark und der Bank von Frankreich 460 Millionen Mark. Einschließlich der nicht nachweisbaren italienischen, belgischen usw. Beträge. suchen Gold und Goldforderungen von weit über 5 Milliarden Mark Deckung in den Schätzen der Bank von England. Die Barvorräte (fast ausschließlich Gold!) betrugen aber am 31. August d. J. ein weniges mehr über 56 Millionen Pfd. Sterling und nur etwas über eine Milliarde Gold. Demgemäß ist das Gold bei den enormen Verpflichtungen nach dem Auslande gar nicht in den Kassen des „Weltbankiers“ zu halten, es geht in alle neutralen Winde. Rußland, Frankreich, Italien usw. mit ihren papierenen Banknotentürmen haben längst nicht mehr das goldene Fundament. Hieran knüpft der Verfasser noch einige zu beachtende Folgerungen. Europa, sagt er, konnte diesen Krieg nicht so lange ausdehnen, ohne daß der eine Teil bankerott wurde. Genau aber, wie längst bankerotte Geschäfte, können auch bankerotte Staaten den Krieg fortsetzen. Im vorliegenden Falle wird erst der Frieden die klare Bilanzwahrheit und damit ein Ende mit Schrecken bringen. Es müsse jeder, der sich in diesen Ziffern auskennt, lachen über die Torheit derer, die noch von einem „Frieden auf mittlerer Basis“ träumen. Die Sanierung des Kriegsunternehmens der Entente könne überhaupt nie oder nur über „unseren finanziellen Leichnam“ hinweg erfolgen. Die klugen Leute auf der Gegenseite wüßten das auch längst und so ergäbe sich eine Erklärung für die Fortdauer des Krieges! —

Die große Nachfrage nach Schiffsraum und weiterhin das Unvermögen Englands, ausländische Aufträge in genügendem Maße auszuführen, hat eine

Ueberhäufung der amerikanischen Schiffswerften mit Aufträgen

zur Folge, wie die „Deutsche Tageszeitung“ (13. September) nach einer Meldung der „Central News“ mitteilt. Es haben sich in Amerika verschiedene Gesellschaften mit Hunderten von Millionen Dollar zur Gründung von Schiffswerften gebildet, und es mußte, da Nord-Amerika der Nachfrage nicht hätte genügen können, selbst Süd-Amerika hierzu herangezogen werden. Aber auch in den anderen Ländern beginnt sich's zu regen, man sieht ein gewaltiges Geschäft winken, das man sich nicht entgehen lassen dürfe. So hat z. B. Japan seine Schiffsarbeiter von 12 000 auf 30 000 vermehrt, und sogar China hat sich dem Schiffsbau energisch zugewendet.

Wie

die Welttonnage nach dem Kriege

aussehen wird, verrät nach einer Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (18. September) das dänische Blatt „Fyew Stiftstidende“ bei einer Untersuchung der gewaltigen Kurssteigerungen der dänischen Schiffahrtsaktien. In den Börsenkreisen werde damit gerechnet, daß auch nach dem Kriege der Schiffsraummangel anhalten wird. Aber die Verringerung sei viel kleiner, als gewöhnlich angenommen werde. Vergleiche man (nach Lloyds Register für 1916) den Tonnagebestand vom 30. Juni 1914 und den am 30. Juni 1916, so findet sich eine Abnahme des englischen Schiffsraums um etwa 60 000 t Brutto, des französischen um etwa 70 000 t. Dagegen hat sich die italienische und russische Tonnage um etwa je 25 000 t erhöht. Der Besitzstand der Verbandsmächte beträgt zirka 27 Mill. t, der Mittelmächte 5 Mill., der neutralen Staaten 13 Mill. Der gesamte Weltschiffsraum habe vor zwei Jahren etwa 45,4 Mill. t betragen, und sei jetzt auf 45,2 Mill. zu schätzen. Die Verringerung ist demnach also verhältnismäßig gering, was auf einen starken Neubau schließen läßt. Während des Krieges seien an Neubauten und Bauablieferungen (im ersten Halbjahr 1917) zusammen 8,3 Mill. t einzustellen. Bei bleibenden Schiffsverlusten würde der normale Verlust während des Krieges etwa 7,9 Mill. Tonnen betragen. Es würde demnach also der Schiffsraum bei Kriegsschluß fast genau so hoch sein wie vor dem Kriege. Deshalb werde man nach dem Kriege auch nicht von einem Schiffsraummangel sprechen können. (Es ist nicht klar, ob hierbei auch die auf den deutschen Werften gebauten Schiffe mit einbezogen worden sind).

Vom Standpunkte der Staatsraison wie dem des kaufmännischen Lebens ist man für die künftige Beibehaltung der Sommerzeit kräftig eingetreten. Da lohnt es sich auch, einmal eine gegnerische Stimme zu hören, zumal wenn von einem bisher noch nicht genügend beachteten Grunde aus wichtige Argumente gegen die Sommerzeit beigebracht worden. Es schreibt Herr Prof. Dr. K. Dove (Freiburg i. Br.) im „Tag“ (14. September) über

Sommerzeit und Gesundheitspflege

und macht dabei u. E. mit vollkommenem Recht darauf aufmerksam, daß gerade für die großen Städte die Einführung der Sommerzeit das Gegenteil eines hygienischen Nutzens bedeute. Die Eigenart unseres Klimas macht sich in der Großstadt viel

unangenehmer bemerkbar als auf dem Lande, weil die durch die Sonne hervorgerufene natürliche Heizung der steinernen Massen auch noch in der Zeit nach sieben Uhr abends anhält. Die Steinmauern strahlen dann eben noch weiterhin die aufgespeicherte Hitze aus, womit sich natürlich die Gefahren einer gesundheitsschädlichen Hitze steigern. Wird der Städter nun nach der neuen Zeitrechnung gezwungen, anstatt die kühleren Abendstunden zu einer entsprechenden Erholung des Körpers benützen zu können, eine Stunde früher schlafen zu gehen, weil er eine Stunde früher aufstehen muß, so wird man die hygienischen Nachteile dieser Lebensart nicht unterschätzen dürfen. Auf Grund gesundheitlicher Erwägungen müßte man im Sommer die Stunde des ersten Schlafes gerade hinausschieben. Der Einwand der Lichtersparnis sei kein glücklicher; denn, was nach kaufmännischer Rechnung wirklich dadurch erreicht werde, das gehe auf der anderen Seite an Volkskraft und an der so ungeheuer wichtigen Gesundheit unserer Kinder wieder hundertfach verloren. Wollte man etwa behaupten, daß nach den Ergebnissen dieses Sommers die Folgen der Neuerung gar nicht so schlimm seien, so sei dies ein ganz unzuverlässiges und verkehrtes Argument; denn der letzte, außergewöhnlich kühle Sommer lasse gerade keine Rückschläge auf die vorhin erwähnte größere Hitzegefahr zu. Man wird zugeben müssen, daß in der Tat, wenigstens für die Großstadt, diese Ausführungen Prof. Doves zutreffen; sie sollten daher nicht unbeachtet bleiben.

Man hat vielfach darauf hingewiesen, daß die Strafen für den überhandnehmenden Kriegswucher viel zu milde durch die Zivilgerichte angesetzt werden, und erst seit kurzer Zeit ist hierin ein Wandel geschehen, wenigstens soweit einige krasse Fälle in Betracht kommen. Unter Umständen, wenn eben gar nichts mehr hilft und selbst hohe Strafen nicht die gewünschte Wirkung erzielen, dann ruft man eine strengere Instanz an, die vermöge ihrer Gewalt dem Uebel noch ganz anders auf den Leib rücken kann. Ein solcher Fall wird der „Volkszeitung“ (16. September) aus Bayern gemeldet. Dort sind

militärische Maßnahmen gegen den Kriegswucher

dahin getroffen worden, daß alle unzuverlässigen Personen vom Handel ferngehalten und alle Bezirksverwaltungsbehörden angewiesen werden, über jeden Fall von Kriegswucher und andere unlautere Machenschaften an das stellvertretende Generalkommando des I. Bayrischen Armeekorps zu berichten. In allen diesen Fällen wird die Militärbehörde nach ihrer eigenen Erklärung rücksichtslos vorgehen und sehr harte Strafen (Schließung der Geschäfte, Ueberweisung der vorhandenen Vorräte an die Gemeindeverbände, öffentliche Brandmarkung in der Presse) verhängen. Zwar sollen die davon betroffenen Geschäfte nach drei Monaten wieder eröffnet werden können, aber das Generalkommando macht schon jetzt darauf aufmerksam, daß eine solche Wiedereröffnungserlaubnis kaum gewährt werden wird. Die Herren Wucherer haben es sich selbst zuzuschreiben, daß derartig strenge Maßregeln gegen sie ergriffen werden; denn sie haben es allerdings ein bißchen zu toll getrieben. Was aber im Bayrischen Staate mit einiger Energie wie übrigens schon mehrfach erreicht werden konnte, das sollte dem übrigen Deutschland wohl nicht unerreichbar sein. —

In der Frankfurter Zeitung (20. September) veröffentlicht Dr. Rompel (Mainz) eine interessante Studie über die

wirtschaftliche Hochkonjunktur der deutschen Kriegsindustrie.

Er betont ganz naturgemäß die außerordentlich reiche Verdienstmöglichkeit gewisser Industriegesellschaften und führt dafür den schlagendsten Beweis durch Anführung der Spannungen der Kriegsgewinne und der Dividenden in den Jahren 1913—1915. Bei den bekannten Waffen- und Munitionsfabriken hat sich der Kriegsgewinn verdoppelt und verdreifacht. Die Stahlwerke, Elektrizitätsgesellschaften, Maschinenfabriken usw. stehen in gleicher Verfassung da und Dividendensteigerungen von 5 auf 20 % sind nichts seltenes. Die glänzendsten Ergebnisse haben natürlich die reinen Stahlwerke, das Krefelder z. B. konnte seinen Reingewinn verfünffachen. Daß die großen Kanonen- und Munitionsfabriken von Krupp und Erhard hervorragend günstig abschneiden, ist selbstverständlich. Selbst kleinere Unternehmungen wie z. B. das Gasapparat- und Gußwerk in Mainz zogen gewaltigen Nutzen. (Hier stieg die Dividende von 3 % auf 125 %!) Verhältnismäßig am wenigsten ist die chemische Industrie, wenigstens nach außen hin, gesteigert, während die Bekleidungs- und Lederfabriken ganz ungeheure Gewinne (in einem Falle eine Erhöhung der Dividende von 10 % auf 30 %) aufweisen. Das die Kraftfahrzeug- und Flugzeugfabriken naturgemäß gewaltige Kriegsgewinne erzielten ist klar. Die Fabrik Oberursel konnte allein ihre Kriegsgewinne versechsfachen. Im Hinblick auf diese gewaltige Hochkonjunktur empfiehlt der Verfasser eine Herabsetzung der Preise, die das Reich zahlt, wenigstens für das dritte Kriegsjahr. Dies sei entschieden besser als die von anderer Seite angeregte, aber nicht unbedenkliche Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer. Der alte römische Mahnruf „Videant Consules“ ertönt in der Kölnischen Zeitung (19. September). Man hat in phantastischem Optimismus gemeint, daß die Seefrachten nach dem Kriege infolge von

Mangel an Schiffsraum

sicherlich (?) auf ein Jahrzehnt hinaus gewaltig ansteigen werden. Wird dieses goldene Zeitalter der Schiffahrt aber auch so sicher anbrechen? Zunächst darf man die Abbröckelung der Welttonnagen nicht überschätzen; sie wird höchstens einige Prozent betragen. Dann aber kann man annehmen, daß der jetzige märchenhafte Kriegszustand sich schwerlich nach dem Kriege behaupten wird. Die deutsche Schiffahrt hat sehr schwere Wunden davongetragen, das soll

man nicht übersehen. Um sie zu heilen, gibt es nur ein Gebot: Die deutschen Reedereien müssen Schiffe bauen, müssen schleunigst und viel bauen! Und das ganz besonders im Hinblick auf die Vorgänge in Frankreich und Italien, wo die Regierung, obwohl nur verhältnismäßig geringe Schiffsverluste vorliegen und sehr starke Kriegsgewinne erzielt worden sind, ganz gewaltige Summen (200 Millionen Frcs. bzw. Lire) zum Ankauf fremden Schiffsraums und für Ausbauten bewilligt hat. Das gibt zu denken. Deshalb solle man sich nicht in den Wahn einwiegen lassen, die deutschen Reedereien könnten im Vertrauen auf ihre bisherige Kraft ruhig zusehen und abwarten. Deshalb „baut Schiffe zur Erstarkung von Deutschlands Großmacht". Videant consules! — Im Berliner Börsen-Courier (21. September) macht Leonhard Neumann auf die Möglichkeit der

Wiedereinschaltung des Handels

in die Kriegswirtschaftsorganisation besonders aufmerksam im Hinblick auf die Tatsache, daß dieser Tage zwischen den Vertretern der Erzeuger von Klee- und Grassamen, der landwirtschaftlichen Körperschaften und des Samenhandels im Preußischen Landwirtschaftsministerium Höchstpreise für Klee- und Grassamen vereinbart worden sind. Zum ersten Male ist hiermit der Gedanke zu Grunde gelegt worden, den Handel in seiner vollen Wirksamkeit aufrecht zu erhalten und dennoch Höchstpreise gegenüber dem Erzeuger einerseits und dem Verbraucher andererseits festzusetzen. Zu diesem Zwecke hat man vier Preisstufen errichtet unter der Voraussetzung, daß in der Kette zwischen Erzeuger und Verbraucher drei verschiedene Händlergruppen wirksam werden. Es handelt sich also um einen sanktionierten Kettenhandel, der aber trotz des entsprechenden Aufschlages dennoch nicht als Wucher angesehen werden kann und darf. Der Verfasser ist der Meinung, daß hier eine gesunde, normale Wirtschaftspolitik vorliege, die die Friedensorganisation den Kriegsverhältnissen anzupassen sucht. Wohl zum ersten Male hat man keine neue Reichsstelle geschaffen, und das sei gut. Das Experiment werde gelingen; damit seien für die leitenden Stellen Richtlinien gegeben, nach denen unter Beibehaltung des Prinzips der gebundenen Wirtschaftsform nicht nur alle neuen, etwa zur Beschlagnahme kommenden Waren behandelt werden sollen, sondern nach denen die schon bestehenden, aber nicht zur allgemeinen Zufriedenheit funktionierenden Reichsstellen für den Rest der Kriegszeit „umgebaut" werden könnten. Jetzt aber werden die Sämereien nicht, wie sonst üblich bei Höchstpreisen, vom Markte verschwinden. — Im Bank-Archiv (15. September) wendet sich der Direktor der Hamburger Hypothekenbank Dr. Friedrich Bendixen

gegen das Erbbaurecht,

indem er zunächst darauf aufmerksam macht, daß in einigen Kreisen das Bestreben vorherrsche, das bekanntlich im Bürgerlichen Gesetzbuch nur sporadisch behandelte Erbbaurecht im Wege der Gesetzgebung weiter auszugestalten und damit vor allem die bisher noch fehlenden Grundlagen für seine Beleihbarkeit zu schaffen. In größerer Darlegung führt nun Bendixen aus, daß eine Belebung des in seinen Einzelheiten nicht einmal unbedenklichen, im Grunde genommen bereits veralteten Instituts durchaus nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt, wie man überhaupt daran zweifeln könne, ob das Erbbaurecht vom wirtschaftlichen Standpunkt auch noch eine Daseinsberechtigung habe. Unter Zuhilfenahme zahlreicher praktischer wie volkswirtschaftlicher Beispiele kommt der Verfasser schließlich zu der Ansicht, daß eine Wiederbelebung des alten feudalen Erbbaurechts sowohl in sozialer wie volkswirtschaftlicher Hinsicht eine gleich beklagenswerte Verirrung bedeuten würde.

Umschau.

Der deutsche Handel in Ostasien und der Weltkrieg. Zu der augenblicklich lebhaft erörterten Frage der Organisation des deutschen Handels und im besonderen des Anteils des ostasiatischen Handels am deutschen Ueberseehandel geht uns aus Hamburg folgende Einsendung zu: „Der Ueberseehandel Deutschlands im Werte von rund 7 Milliarden 300 Mill. M machte 1913 etwas mehr als den dritten Teil des gesamten deutschen Spezialhandels aus. Auf die Einfuhr entfielen davon 4 Milliarden 870 Mill., auf die Ausfuhr 2 Milliarden 416 Mill. An erster Stelle stand das Geschäft mit Nordamerika, es folgte das mit Süd- und Mittelamerika und an dritter Stelle das mit Ostasien. In der Stufenfolge ihrer Bedeutung für den deutschen Handel schlossen sich Südasien, Afrika und Australasien an. Der Ueberseehandelsverkehr mit Ostasien umfasst China mit der Mandschurei und Hongkong, Japan mit Korea und Formosa, die Philippinen, Französisch-Indien, Siam, Niederländisch Indien und die Straits Settlements. Die Ausfuhr nach diesen Ländern bewertete sich 1913 auf 387, die Einfuhr von dort auf 458 Mill. M. Der deutsche Spezialhandel mit Ostasien in Höhe von 845 Mill. M entsprach 1913 11,5 v. H. des gesamten deutschen Ueberseehandels. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat sich sowohl das Ausfuhrgeschäft wie das Einfuhrgeschäft im Verkehr mit Ostasien sehr günstig entwickelt, hatte doch das erstere 1909 erst 202,3, das letztere erst 326,3 Mill. M betragen. Die Entwicklungsmöglichkeiten erhellen aus einem Vergleiche. So hat beispielsweise 1913 die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz mit ihren 3,7 Millionen Einwohnern sich auf 536 Mill. M belaufen, während die nach Ostasien mit seinen auf 450 bis 550 Millionen geschätzten Bewohnern sich erst auf 387 Mill. M bezifferte. Um so begreiflicher ist es, dass seit Jahren der ferne Osten ein heiss umstrittenes Gebiet kaufmännischen Wettbewerbes ist. Mit Stolz darf festgestellt werden, dass dabei die deutschen Firmen speziell in China und Niederländisch-Indien sehr gut abgeschnitten und sich eine starke Position geschaffen haben. Von 1909 bis 1913 ist der Ausfuhrhandel nach China von 56,8 auf 122,9 Mill., der nach Japan von 77,6 auf 122,7, der nach

Niederländisch-Indien von 39,5 auf 98,7, der nach den Straits Settlements von 7,8 auf 14,7, der nach den Philippinen von 5,8 auf 9,9 und der nach Siam von 5,4 auf 8,5 Mill. *M* gestiegen. Die deutsche Einfuhr nach der Mandschurei, die sich gerade zu entwickeln begann, bezifferte sich 1913 über Dalny allein auf ca. 5,4 Mill. *M* und liess damit die englische und die gleichfalls sehr rege amerikanische Konkurrenz weit hinter sich. Auch der Einfuhrhandel aus Ostasien hat im Zeitraum von 1909 bis 1913 einen starken Aufschwung genommen, besonders im Verkehr mit China, wo er sich von 65,2 auf 130,5, Japan, wo er sich von 29,2 auf 46,6, Niederländisch-Indien, wo er sich von 184,9 auf 227,6, und den Philippinen, wo er sich von 3,7 auf 10,9 Mill. *M* gehoben hat. In diese günstige Entwicklung, die für das Jahr 1914 neue Rekordziffern versprach, brachte der Ausbruch des Krieges eine jähe Unterbrechung. Aber trotz der Wegnahme von Tsingtau und der gegen den deutschen Handel gerichteten feindlichen Massnahmen, die besonders rücksichtslos in den englischen Besitzungen Ostasiens angewandt und bald auch auf China und Siam ausgedehnt wurden, und trotzdem Japans Regierung auf englisches Drängen hin im Juli 1915 den Schiffahrtsgesellschaften in Japan, Korea, Formosa und dem Pachtgebiet die weitere Annahme deutscher Güter untersagte, hat auch im Jahre 1915 der deutsche Handel in Ostasien nicht ganz aufgehört. So wurden 1915 nach einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Yokohama folgende Waren deutscher Herkunft in Japan eingeführt: Anilinfarben für 1 142 588 Dollar, Eisen für 145 673 Dollar, Röhren 2926, Lokomotiven und Wagen 94 229, Maschinen 183 435, Papier 27 343, Holzmasse 33 867, Schienen 20 632, Wollgarn 51 104, Wolltuche 58 846 Dollar. Der amerikanische Konsul in Taihoku berichtet über die Tätigkeit der deutschen Kaufleute in Formosa: „Sie nahmen trotz des Krieges starken Anteil am Geschäft in leichtem Eisenbahnmaterial, Maschinen für die Zuckerfabrikation und in Wolltuchen.“ Im ganzen wurden 1915 für 52 692 Dollar deutsche Waren eingeführt. Aus einem Bericht des britischen Konsuls in Soeul geht hervor, dass sich die deutsche Einfuhr nach Korea im Jahre 1915 auf 19 899 engl. Pfund belief. Ueber die Einfuhr nach der Mandschurei und dem japanischen Pachtgebiet liegen für 1915 noch keine Zahlen vor. Im Jahre 1914 betrug sie über Dalny allein noch 1 542 809 Haikwan Taels (1 Hk. Tl. gleich ca. 3 *M*). Sie dürfte auch 1915, wenngleich nicht in demselben Umfange, angehalten haben. Nach Siam wurden über Bangkok in der Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 für 2 148 994 Tikal deutsche Waren eingeführt gegenüber 6 745 640 Tikal (1 Tikal gleich ca. $1^1/_2$ *M*) in 1913/14. Die Philippinen wiesen 1915 eine deutsche Einfuhr von 453,623 Pesos auf (1 Peso gleich ca. 2 *M*) gegen 5 Mill. Pesos in günstigen Friedensjahren. Durchschnittlich erreichte der deutsche Handel in den Ländern des fernen Ostens im Jahre 1915 immer noch 10—25 % vom Friedensstande. Er ging in der Hauptsache von China aus, was einen Schluss auf die grossen Läger gestattet, welche deutsche Häuser dort unterhielten. Nach den letzten Berichten des chinesischen Seezollamtes befanden sich 1915 in China immer noch 244 deutsche Firmen, was gegenüber 1911 einen Rückgang um 14 Firmen bedeutet, der wohl auf die Besetzung von Tsingtau durch die Japaner zurückzuführen ist. In der gleichen Zeit ist die Zahl der englischen Firmen um 7 auf 599 zurückgegangen. Die Zahl der amerikanischen Firmen ist seit Kriegsausbruch stark gestiegen und beträgt jetzt 157. Ebenso wie die Handelsziffern spricht auch diese Statistik für das zähe Durchhalten der deutschen Kaufleute in China. In Niederländisch-Indien haben die deutschen Firmen ihre Tätigkeit fortsetzen können, wenn auch durch scharfe Kontrolle der Zufuhr seitens der Engländer, schwarze Listen und englische Hetze gegen alle Firmen, welche deutsches Personal beschäftigen, stark beeinträchtigt. Es ist zu erwarten, dass für die erste Zeit nach dem Kriege von dort aus die Versorgung Südostasiens mit deutschen Waren erfolgen kann. Im russischen Priamurgebiet und in der russischen Einflusszone der nördlichen Mandschurei wurden die deutschen Geschäfte, unter denen sich sehr angesehene Häuser befinden, gleich nach Kriegsausbruch geschlossen.

Infolge der finanziellen Erstarkung der japanischen Konkurrenz besteht die Gefahr, dass ihr der Einfuhrhandel nach Deutschland ganz zufällt, es wird den mittleren und kleineren deutschen Firmen, die gerade im Japanhandel vorwiegen, sehr schwer werden, das verloren gegangene Geschäft wieder an sich zu reissen. Für diese Firmen, wie überall dort, wo ähnliche Verhältnisse im Ueberseehandel vorliegen, dürfte ein kollektives Vorgehen zu erwägen sein. Infolge Kontingentierung der Einfuhr nach Friedensschluss wird ohnehin ein inniges Zusammengehen der an den einzelnen überseeischen Gebieten interessierten Firmen nötig werden, um gemeinsame Interessen an massgebender Stelle geltend machen zu können. Auch liegt es nahe, neben einer Konzentration und Verbesserung des überseeischen Nachrichtendienstes, die sich anzubahnen scheint, auf den Vorteil kollektiver deutscher Exportpropaganda in Uebersee hinzuweisen, wie er bereits vor Kriegsausbruch in manchen Kreisen des Ueberseehandels erkannt und wahrgenommen wurde. Zu einer Zeit, wo durch feindliche und neutrale Konkurrenz von aussen her und durch die notwendigen Massnahmen zur Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft von innen her die Interessen des Ueberseehandels bedroht sind, ist gemeinsames Handeln ein selbstverständliches Gebot der Stunde.

Auslandswerte. Herr Otto Bachrach schreibt mir: Ein in Nr. 461 des „Berliner Tageblattes“ veröffentlichter aus süddeutschen Bankkreisen stammender Aufsatz schätzt den deutschen Besitz an ausländischen Effekten bei Kriegsausbruch auf 5 bis 8 Milliarden Mark. Obwohl die Spannung von 3 Milliarden einen recht ansehnlichen Spielraum lässt, so kann selbst diese oberflächliche Veranschlagung nicht ernst genommen werden, da der Einsender nichts von der Basis erwähnt, auf deren Grund er zu seinen Angaben kommt. Auf welcher Grundlage die Schätzung aufgebaut ist, lässt sich daher nicht ermessen. Bei weitem verständlicher erscheint die Ansicht, welcher Herr Ernst Kahn aus Frankfurt a. M. im Heft 35 des „Plutus“ Ausdruck gibt: „Wer kann denn so klipp und klar sagen, wieviel Effekten während des Krieges abflossen und wieviel zurückblieben? Ich selbst bin dieser Frage oft nachgegangen und habe zu diesem Zweck mit sehr vielen der in Betracht Kommenden direkt und indirekt Fühlung genommen, um Schätzungen

abzugeben. Die Auskünfte, die ich erhielt, gingen in geradezu lächerlicher Weise auseinander. Sie erinnerten an die Ergebnisse öffentlicher Submissionen! Mit anderen Worten: Kein Mensch kann heute mit Sicherheit sagen, Deutschlands Besitz an Auslandseffekten ist so und so gross.“ Die Bestandaufnahme des deutschen Besitzes an ausändischen Wertpapieren ist angeordnet. Das Resultat wird zweifellos recht ansehnlich sein, trotzdem alle Fachkreise in dem einen Punkt übereinstimmen, dass nämlich ein erheblicher Teil bereits während des Krieges nach dem Auslande verkauft worden ist. Nach den Angaben des oben erwähnten süddeutschen Fachmannes wären zwei Drittel der in deutschem Besitze befindlichen nordischen, drei Viertel der amerikanischen, 70 % der japanischen, fast 100 % der holländischen, 70 % der schweizerischen, 50 % der argentinischen und griechischen, 40 % der rumänischen Papiere aus Deutschland nach dem Auslande verkauft worden, abgesehen von grösseren Posten russischer Effekten. Das durch diese grossen Verkäufe dem Importhandel zugeführte Devisenmaterial hat zusammen mit den aus dem Exporte zur Verfügung stehenden Devisen den Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln nicht voll zu befriedigen vermocht und die Devisenkurse blieben hoch, trotz der vorsichtigen und energischen Devisenpolitik der Reichsbank und trotzdem unsere Auslandsbezüge infolge der englischen Blockade im Vergleiche zu den Importziffern Englands und Frankreichs verhältnismässig bescheiden sind. Der Einsender des eingangs erwähnten Aufsatzes behauptet, dass unser jetziger Devisenbedarf hauptsächlich von den Zentraleinkaufsgenossenschaften ausgehend mit Hilfe der Reichsbank befriedigt werden kann, da im gewissen Massstabe ständig noch ein Export an Kohlen, Eisen und Chemikalien stattfindet. Nach dem Kriege indessen werde der Bedarf an einzuführenden Rohstoffen (Baumwolle, Wolle, Leder und Getreide) die Valutanachfrage erheblich steigern und unsere Exportindustrie werde zunächst nicht in der Lage sein, den vollen Ausgleich zu schaffen, da sie auf die Kriegswirtschaft eingestellt ist und ihr die Rohstoffe mangeln. Unsere hauptsächlichsten Reserven für die erste Zeit nach dem Kriege bilden also unsere ausländischen Effektenbestände, deren Realisierung die notwendigen Devisen beschaffen kann. Es sei demnach zu empfehlen, zur Zeit keine grösseren Beträge mehr davon ins Ausland abzustossen, hingegen aber ein Verbot zu erlassen, diese irgendwie zu veräussern. Eine sofortige Beschlagnahme und Abnahme erscheine weder notwendig noch zweckdienlich. Diese Ansicht beruht auf einem vollständigen Verkennen der Sachlage. Der Export befriedigt nur einen Bruchteil des unbedingt notwendigen Devisenbedarfs und die Reichsbank ist auch nicht imstande, Devisen zu schaffen, es wäre denn durch Goldexport, den sie aber nicht forcieren kann, weil das Gold als letzte sichere Reserve im Lande bleiben muss. Dass der Devisenbedarf nach dem Kriege vorerst aus den angegebenen Gründen recht erheblich sein wird, ist richtig, ebenso, dass unsere Exportindustrie nicht in der Lage sein wird, den vollen Ausgleich zu schaffen, weil sie auf die Kriegswirtschaft eingestellt ist und ihr die Rohstoffe mangeln. Der betr. Fachmann übersieht aber ganz, dass uns dann andere Quellen für Devisenbeschaffung zu Gebote stehen werden, welche uns jetzt verschlossen sind. Die vielen Millionen deutscher Guthaben in feindlichen Staaten, die während des Krieges beschlagnahmt waren, werden zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen verfügbar, die in ausländischen Depots befindlichen Effekten deutschen Besitzes werden frei. Die unbezahlten Kupons der Wertpapiere des feindlichen Auslandes müssen wieder eingelöst werden. Die Summe wird durch die lange Dauer des Krieges nicht unbedeutend angewachsen sein. Das internationale Frachtgeschäft wird wieder aufgenommen werden. Die deutschen Schiffe, welche in heimatlichen und neutralen Häfen untätig liegen, werden im Gegensatze zu den Handelsflotten des feindlichen und neutralen Auslandes nicht abgenützt und können dann mit verdoppelter Energie und unter sehr lohnenden Verhältnissen wieder arbeiten und fremdes Geld ins Land bringen; endlich wird es möglich sein, Bankkredite zu erhalten, und wenn auch voraussichtlich diese Kreditbeschaffung ziemlich kostspielig sein dürfte, werden die Kosten, da der Kredit nur für kurze Zeit benutzt zu werden braucht, etwa für die Periode vom Ankauf der Rohstoffe bis zu deren Verarbeitung und der Ausfuhr des Fertigfabrikates, keine allzu starke Belastung der Erzeugung bilden. Schliesslich muss doch, selbst wenn keine Kriegsentschädigung in Frage kommt, Entschädigung für Beschlagnahmen und Requisitionen deutschen Gutes im Auslande gewährt werden. Da solche Konfiskationen im grössten Massstabe stattgefunden haben, müssen uns diese privaten Entschädigungen hunderte Millionen von Auslandsguthaben schaffen. Jetzt ist aber die Zeit für uns kritisch. Jetzt kämpft Deutschland mit äusserster Anstrengung seiner Kraft, der militärischen und der wirtschaftlichen, und es wäre verkehrt, in der Not zu sparen und im Ueberfluss zu haben. Ein Verbot der Veräusserung ausländischer Werte wäre unendlich schädlich; das Gegenteil ist erforderlich. Uebrigens haben die massgebenden Behörden zweifellos die Lage richtig erfasst; denn schon jetzt sind Anzeichen vorhanden, dass die Regierung den Export ausländischer Wertpapiere zu fördern beabsichtigt, worauf die Erlaubnis der Veröffentlichung von Kursen für Auslandseffekten hinweist. Sehr wünschenswert wäre eine Verordnung, welche allen Vermögens-, Nachlass- und Zwangsverwaltungen sowie öffentliche Anstalten, Stiftungen, Vereins- und Pensionsfonds, Versicherungsanstalten etc. es zur Pflicht macht, alle Auslandswerte — mit Ausnahme solcher verbündeter Staaten — durch Vermittlung einer vertrauenswürdigen Bankfirma zu verkaufen und hingegen Kriegsanleihen anzuschaffen, wobei es dem beauftragten Bankier zur Pflicht gemacht würde, die Effekten ausschliesslich im Auslande zu verwerten, ohne Ueberstürzung und unter gewissenhafter Wahrung der Interessen des Käufers. Ausnahmen können zugelassen werden in Fällen, in denen der augenblickliche Verlust bei sofortiger Verwertung ein unverhältnismässig hoher wäre. Eine für diesen Zweck einzusetzende, der Reichsbank anzugliedernde sachverständige Behörde hätte über die Zulässigkeit der Ausnahmen zu entscheiden. Keine Ausnahme dürfte zugelassen werden bei Anleihen solcher Staaten, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft ist, wie bei Serben, Portugiesen, Mexikanern usw. Die Lombardierung von ausländischen Wertpapieren — mit Ausnahme solcher verbündeter Staaten — soll untersagt

werden. Sämtliche bestehenden Lombardvorschüsse wären zu kündigen. Ausnahmen in der oben erwähnten Art können stattfinden.

pe. Höchstpreise. Man schreibt mir: „Es ist merkwürdig, dass in der Presse noch nicht auf zwei auffallende Tatsachen in unserem Wirtschaftsleben aufmerksam gemacht worden ist. Da ist zunächst der jetzt im Kriege eine gewaltige Rolle spielende Begriff „Höchstpreis", mit dem die Regierung den übermässigen Preistreibereien Einhalt gebieten will. Von dem eigentlich sehr natürlichen Erfolg, dass dann die mit einem Höchstpreis gezeichneten Waren plötzlich oder nach und nach vom Markte verschwinden, soll hier nicht die Rede sein, sondern von dem Begriff selbst. Das Wort „Höchstpreis" kann nur dafür einen vernünftigen Sinn haben, dass für eine bestimmte Ware der von der Regierung festgesetzte und zugelassene Warenpreis eben der „höchste" sein darf, der dem Verkäufer gestattet ist, in Ansehung der augenblicklichen Wirtschaftslage, d. h. also, dass der Verkäufer gegebenenfalls auch einen niedrigeren Preis verlangen darf. Andernfalls könnte man doch nicht mehr von einem „Höchstpreise", sondern mit Fug und Recht nur noch von dem Preise, d. h. einem „einzigen" überhaupt sprechen. Jedenfalls habe ich noch niemals gesehen oder gehört, dass jemand unter dem Höchstpreise verkauft hat. Das wäre ja auch ganz unkaufmännisch gehandelt; denn der Verkäufer „unter" dem Höchstpreis würde sich den hellen Zorn aller Konkurrenten, die ja nur zu dem Höchstpreise verkaufen, zuziehen, und als unanständiger Aussenseiter behandelt werden. Vielleicht ruft man sogar noch das Gesetz von dem unlauteren Wettbewerb gegen ihn an. An der Tatsache ist jedenfalls nicht zu rütteln, dass seit dem Aufkommen der „Höchstpreise" ein begrifflich doch sehr wohl möglicher Verkauf „unter" ihrer Festsetzung nicht stattfindet. Und dann noch eins: Weshalb setzen die Magistrate immer noch drei bis vier Preise für entsprechende angebliche Buttersorten fest, während schon das kleinste Kind längst weiss, dass es — eigentlich selbstverständlich — nur noch Butter „erster" Sorte, d. h. zum höchsten der drei oder vier Preise, gibt? Das sollten die Verwaltungen doch endlich schon in Erfahrung gebracht haben."

* * *

Sie haben insofern nicht ganz unrecht, als tatsächlich der Ausdruck „Höchstpreis" ein unglücklicher und unzutreffender ist. An sich ist damit der höchste Preis gemeint, der dem Verkauf einer Ware zugrunde gelegt werden darf. Eine Ueberforderung des höchsten Preises ist nach den betreffenden Gesetzen strafbar. Aber man darf auch nicht vergessen, dass bei der Festsetzung eines „Höchstpreises" insofern Schwierigkeiten entstehen, als das örtliche Gebiet dabei zu berücksichtigen ist. Dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit. Für Gross-Berlin ist bei sogenannten Bauernpflaumen endlich ein „Höchstpreis" von 25 Pfg. für das Pfund festgesetzt worden, in Leipzig dagegen 18 Pfg. (bei Engros-Käufen sogar 10 Pfg.). Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist die Pflaumenernte in Sachsen bedeutend grösser als in Brandenburg, oder aber die Leipziger Behörde ist im Ansetzen solcher Preise strenger. Solange es noch nicht durchgeführt werden kann, dass ein einheitlicher Preis für bestimmte Waren im ganzen Deutschen Reiche festgelegt wird, solange werden auch die Schwierigkeiten in der Behandlung des unglückseligen Wortes „Höchstpreis" bestehen. Sollte aber einmal eine solche Einigkeit erzielt werden, so würde sich die Abschaffung der „Höchstpreise" empfehlen, für die man dann einen bestimmten Normalpreis, unter und über dem nicht verkauft werden darf, setzen müsste. Aber eine solche Entwickelung der Dinge dürfte nur für ganz wenige Waren zu erwarten sein; für die meisten der Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs wird sich vermutlich eine einheitliche Preisregulierung im ganzen Reiche der grossen Schwierigkeiten wegen nicht finden lassen. Wo aber für einen örtlichen Bezirk bestimmte Höchstpreise angesetzt sind, da müssen auch wir die Tatsache konstatieren, dass es wirklich keinem Verkäufer aus geschäftlichen Rücksichten — Verdienen wird gross geschrieben — einfällt, „unter" dem Höchstpreise zu verkaufen. Die begrifflich richtige, variable Auslegung des Wortes „Höchstpreis" ist also mithin in der Praxis ganz gegenstandslos, und deshalb sollte man nach unserer Meinung statt des völlig irreführenden Begriffes „Höchstpreis" einen anderen Ausdruck, etwa „Grundpreis", finden. Das würde die tatsächliche Sachlage genauer charaktierisieren. Auch Ihre Bemängelung der Preise für Butter I., II. und III. Qualität trifft zu. Die Behörden sind offenbar am grünen Tisch, vielleicht auch nach Anhörung interessierter „Sachverständiger", immer noch der merkwürdigen Ansicht, dass die Buttergeschäfte tatsächlich diese drei Sorten, zu denen noch die sogenannte abfallende Ware als vierte kommt, zum Verkauf stellen. In Wahrheit mag ja, nach den vielen und, wie wir aus eigener Wissenschaft bezeugen können, berechtigten Klagen des Publikums zu urteilen, vielfach Butter II. und III. Qualität zum Verkauf kommen, aber, in grossen Städten wenigstens, gibt es ein für allemal nur Preise I. Qualität. Auch hier stellt sich die Verkaufspraxis ganz anders zu den behördlichen Theorien, und wir meinen, dass die überflüssigen Preisangaben für die (gar nicht im Handel zu habenden) Sorten II. und III. Qualität endlich einmal aus den Ankündigungen verschwinden sollten. Gegen wirklich minderwertige Butter gibt es genug juristische Mittel, anstatt sich an einen — imaginären — Preisunterschied von Pfennigen zu klammern.

Gedanken über den Geldmarkt.

Mit der unmittelbaren Annäherung an den Quartalsübergang, mit welchem dieses Mal wieder der gewaltige Geldumschlag einer neuen Kriegsanleihe-Emission zusammenfällt, sind die Marktmittel noch reichlicher geworden als vorher, und es besteht in diesen Tagen wieder der in der jüngsten Vergangenheit selten gewordene Zustand, dass Tagesgeld trotz niedrigster Zinsforderungen vergeblich angeboten wird. An sich kann man den gewaltigen Zustrom von Mitteln in diesen Tagen dafür verantwortlich machen — sind doch allein für Kriegsanleihezinsen, wie schon neulich ausgeführt, mehr als 400 Millionen ausgeschüttet worden —, im wesentlichen aber besteht im Markte auch verringerte Aufnahmefähigkeit für die angebotenen Gelder, da die Seehandlung neuer-

dings keinen Begehr zeigt und damit der massgebende Ausgleichsfaktor wegfällt. Natürlich ist die Flüssigkeit des Marktes auch dadurch gefördert, dass umfangreiche Darlehnsgeschäfte an Kommunen usw. in den Tagen um den 15. September fällig werden, welche die Geldgeber dem früheren Zweck zunächst nicht wieder zuführen, sondern für die Erfordernisse der kommenden grossen Zahltage bereithalten.

Die Geldnehmer, in der Hauptsache Kommunen, decken sich vornehmlich durch Diskontierungen bei der Reichsbank, wo ihnen bekanntlich Stempelfreiheit der einzureichenden Solawechsel gewährt wird, sofern der zu deckende Geldbedarf, wie es auch meistens der Fall ist, aus der Erfüllung kommunaler Kriegsaufgaben entstanden ist. In der starken Steigerung des Wechselportefeuilles im letzten Bankausweis (411 Millionen) spielen solche Diskontierungen sicherlich eine erhebliche Rolle. Daneben soll sich allerdings auch die Seehandlung verschiedentlich den Kommunen mit kürzeren Vorschüssen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt haben.

Im ganzen genommen gewinnt man den Eindruck, dass mehr noch als vor den früher emittierten Kriegsanleihen dieses Mal der Markt für grosse Zahlungsleistungen disponiert ist. Die ungeheuren Beträge, welche die Kriegswirtschaft in ständig steigendem Masse flüssig gemacht hat, lassen besondere wirtschaftliche Einflüsse, die unter normalen Verhältnissen stark sichtbar werden können, kaum ins Gewicht fallen; so spielt der Geldbedarf der Landwirtschaft in diesen Erntemonaten trotz Erhöhung der Arbeitslöhne und Verpflegungskosten für die Gestaltung der Zinssätze keinerlei Rolle, höchstens wird der Begehr an Umlaufsmitteln, besonders an kleineren Geldzeichen, noch weiter vermehrt. Das ständige Anwachsen der Depositengelder bei der Reichsbank lässt jedoch am besten erkennen, wie ausserordentlich die Flüssigkeit in der Privatwirtschaft von neuem gestiegen ist.

Im letzten Bankausweis per Medio September ist allerdings die Steigerung nur zum kleineren Teil den Einzahlungen aus den Kreisen der Kundschaft zu verdanken. 331,9 Mill. von den zugeflossenen 589 Mill. stammen vielmehr aus Notensendungen der Société Générale de Belgique, welche, einer Vereinbarung mit den deutschen Behörden entsprechend, ihre Bestände an deutschen Banknoten der Reichsbank übersendet und diesen Teil ihrer Aktiven statt als Kassenbestand als „Guthaben im Auslande" führen wird. Für die Deckung ihrer Noten gilt das gleich, da bei der Erteilung des Rechtes der Notenausgabe an die Société Générale de Belgique das Statut ausdrücklich auch Guthaben bei deutschen Banken und Bankiers von unbedingter Sicherheit als Notendeckung zuliess. Die Vorteile für das belgische Institut an diesem Arrangement wurzeln darin, dass es eine Verzinsung der nach Deutschland gesandten Geldbeträge verlangen kann, sobald es dieselben von der Reichsbank an die Privatbanken auszahlen lässt. Für uns liegt der Nutzen darin, dass Hunderte von Mill. deutscher Reichsbanknoten, die bisher in Belgien gebunden waren, für die Zwecke des inländischen Umlaufsmittelbedarfs frei werden. Es ist klar, dass diese Transaktion, so einwandfrei sie in jeder Beziehung auch sein mag, von unseren Gegnern dazu be-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 27. September	*G.-V.:* Hamburgische Elektrizitätswerke, Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft, Pfälzische Pulverfabriken St. Ingbert, Königsberger Kleinbahn, Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahnges., Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn, Stahlwerk Oeking, Eichener Walzwerk, Freiherrl. v. Tuchersche Brauerei, Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuter, Porzellanfabrik Königszelt, R. W. Dinnendahl. — Schluss der Einreichungsfrist Adler-Kaliwerke. — Schluss des Bezugsrechts Hannoversche Waggonfabrik.
Donnerstag, 28. September	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Hamburg-Amerika-Linie, Bremerhütte, Eilenburger Kattun-Manufaktur, Zuckerfabrik Kruschwitz, Baumwollspinnerei Mittweida, Paulinenaue-Neu-Ruppiner Eisenbahn. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Düsseldorfer Röhrenindustrie und Aktien Hüstener Gewerkschaft.
Freitag, 29. September	*G.-V.:* Hildesheim-Peiner Kreisbahn, Nauendorf-Gerlebogker Eisenbahn, Bleistiftfabrik Faber, Annener Gussstahlwerke, Vogtländische Spitzenweberei, Farbwerke Franz Rasquin, Phönix Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung, Rhederei Oceana, Ferd. Bendix Söhne.
Sonnabend, 30. September	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Bergbau- und Hütten-Gesellschaft Friedrichshütte, Aachener Lederfabrik, Emil Koester Lederfabrik, Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Hasper Eisen- und Stahlwerk, Crimmitschauer Maschinenfabrik, Eisenindustrie Menden-Schwerte. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Kattowitzer Bankverein, Aktien Oberschlesischer Creditverein, Einreichungsfrist Berlin-Spandauer Terrain-Gesellschaft. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Maschinenfabrik Rockstroh & Schneider.
Montag, 2. Oktober	*Reichsbankausweis. — Septemberausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges., Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.* — *G.-V.:* Bank für Thüringen, Hansa-Lloyd-Werke Bremen, Wieler & Hardtmann, Hannoversche Portland-Cementfabrik.
Dienstag, 3. Oktober	
Mittwoch, 4. Oktober	*G.-V.:* Gardinenfabrik Plauen, Jutespinnerei und Weberei Hamburg-Harburg, Deutsche Steinwerke C. Vetter H. Brüninghaus Söhne.
Donnerstag, 5. Oktober	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Vereinigte Stahlwerke van der Zypen, Bredower Zuckerfabrik.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten. Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Freitag, 6. Oktober	
Sonnabend, 7. Oktober	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Metallwaren-, Glocken- u. Fahrradarmaturen Akt.-Ges. Wissner, Maschinenfabrik Luther, Terrain-Akt.-Ges Müllerstrasse.
Montag, 9. Oktober	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Annaburger Steingutfabrik.
Dienstag, 10. Oktober	*G.-V.:* Bank für Orientalische Eisenbahnen, Plauener Spitzenfabrik.
	Ausserdem zu achten auf: Abschlüsse der Bergwerke, Hütten, Stahlwerke. Verlosungen: 30. September: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), Freiburger 50 Fr. (1887), Lenzburger (1885). 1. Oktober: $3^1/_2$% Gothaer Präm.-Pfandbr. (1871), 3% Rotterdamer 100 Gld. (1868), $2^1/_2$% Stuhlw.-Raab-Grazer Eisenb. 100 Tl. 4% Theiss-Regulierung 100 Gld. (1880), Türkische 400 Fr. (1870). 5. Oktober: Crédit foncier de France $2^3/_5$, 3% Comm.-Obl. (1879, 1880, 1891, 1899), 3% Crédit foncier de France Pfandbr. (1909), $2^1/_2$% Pariser 400 Fr. (1894/96), desgl. 3% 300 Fr. (1912). 5. Oktober: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897). 10. Oktober: $2^1/_2$% Antwerpener 100 Fr. (1887, 1903), 2% Genter (1896), 3% 400 Fr. Pariser (1871).

nutzt werden wird, das bewährte System des Geldwesens zu diskreditieren, welches die deutsche Verwaltung dem Lande nach dem Versagen der belgischen Nationalbank für die Okkupationszeit gebracht hat. Tatsächlich wird die Qualität der Société - Générale - Note durch die Veränderung in keiner Weise berührt, und andererseits werden dem belgischen Lande die schweren Nachteile und Wirren erspart, welche der Erlass eines deutschen Zahlungsverbots gegen Belgien unter den heutigen Verhältnissen mit sich brächte. Ein solches hätte aber erfolgen müssen, wenn man kein anderes Mittel finden konnte, den Abfluss und die Festlegung deutscher Geldzeichen in Belgien auf andere Weise auszugleichen.

Von interessanteren Ereignissen bei unseren Gegnern in der letzten Zeit ist die Bekanntgabe der Bedingungen der neuen französischen Kriegsanleihe zu nennen, die mit $88^3/_4$ bei 5% Verzinsung d. i. $^3/_4$% höher als die vorige Anleihe, ausgegeben wird. Herr Ribot riskiert es also, wie schon früher angekündigt, einen kleinen Aufschlag gegen die frühere Emission zu nehmen, nachdem er allerdings unter sorgfältiger Bearbeitung des Marktes den Börsenpreis der alten Anleihe auf 90% hatte setzen lassen Es bleibt abzuwarten, ob das französische Publikum in der Bedeutung seiner Zeichnungsfreudigkeit der Ansicht des Herrn Ribot folgen wird, die es für richtig hält, trotz des seit der letzten Emission fortschreitenden Verfalls der Staatsfinanzen und des Geldwesens einen höheren Kurs zu fordern. Das eigentliche Resultat der Zeichnung, das heisst die Höhe der dem Staate wirklich zufliessenden Summen wird man allerdings sobald nicht erfahren, da wieder die Hineingabe sämtlicher früherer Anleihen ausser der dreiprozentigen bei der Einzahlung gestattet ist. Wir werden also voraussichtlich wie bei der letzten Emission mit grossen Erfolgsziffern prunken hören, deren wahrer Wert sich erst erheblich später herausstellen wird.

Von grossem Interesse ist weiter die Mitteilung des Herrn Ribot in der französischen Kammer, dass die Bank von Frankreich „aus ihrem Ueberfluss" der Bank von England eine beträchtliche Summe Goldes überweisen werde, das England als Darlehen bis nach dem Kriege

Warenmarktpreise im September 1916

	1.	8.	12.	18	22.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 21)	154	$166^1/_2$	$164^1/_2$	$158^1/_2$	$163^1/_2$	cts. per bushel
Mais Chicago	$87^1/_2$	$89^1/_2$	$85^1/_4$	87	88	cts. per bushel
Spelzspreumehl, Berlin	19—25	19—25	19—25	19—25	20—26	M. per dz
Kupfer London	110	$110^1/_2$	$111^1/_2$	116	116	£ per ton
Zinn London	$170^1/_4$	170	$169^1/_2$	$170^3/_4$	$171^1/_8$	£ per ton
Zink London	49	50	52	55	54	£ per ton
Blei London	31	$30^1/_4$	30	$30^1/_4$	$30^1/_2$	£ per ton
Silber London	$32^7/_{16}$	$32^1/_2$	$32^5/_{16}$	$32^5/_8$	$32^3/_4$	d per Unze
Baumwolle New York	16,3[illegible]	15.25	15,30	15,85	16,05	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	9 32	9 24	9 24	9 31	9,54	d per Pfd.
Schmalz Chicago	$14,17^1/_2$	$14,22^1/_2$	14,10	14,50	14.70	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	8,85	8,60	8,60	8,35	8,35	cts. per Gallone

behalten solle. Eine gleiche Massnahme werde auch Russland und Italien ergreifen. Man kann die ganze Sophisterei dieser Aeusserung ermessen, wenn man berücksichtigt, wie tief verschuldet diese drei Länder schon an England sind und welche enormen Beträge England an Auslandsverlusten für sie im weiteren Verlaufe des Krieges noch bereitstellen muss. Das sogenannte „Darlehen" ist also bestenfalls nur eine Abzahlung oder eine Sicherung für bestehende Verpflichtungen. Bedenkt man aber, dass alle drei Länder einen riesenhaften und ständig wachsenden Notenumlauf haben, dessen metallene Grundlage ohnehin schon traurig zusammengeschrumpft war, so muss man diese Massregel nahezu als selbstmörderisch betrachten. Jedenfalls ist es England damit auch in politischer Hinsicht gelungen, die Kette noch fester zu spannen, mit der es seine Verbündeten an sich gefesselt hat und ihre Selbstbestimmung noch weiter einzuengen.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

E. R. in C. Anfrage: Können Sie mir eine Bezugsquelle für eine Maschine angeben, um gedörrtes Gemüse zu verkleinern?

Antwort: Auf Grund zuverlässiger Information teilen wir Ihnen mit, dass zurzeit solche Maschinen noch nicht gebaut worden sind. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass zu dem angegebenen Zwecke normale Müllereimaschinen gebraucht werden können.

M. Sch. Anfrage: Mit dem 1. Oktober d. J. erlischt der Scheckstempel. Kommt mit diesem Zeitpunkt auch die Stempelpflicht für Konto-Korrent-Barquittungen in Wegfall?

Antwort: Die Anfrage ist ohne Einschränkung mit „Ja" zu beantworten.

Plutus-Archiv.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener Lederfabrik Aktiengesellschaft, Aachen, 30. 9., 26. 9., 11. 9. • Actien-Gesellschaft „Erholung", Crefeld, 12. 10., —, 22. 9. • Aktien-Feilen-Fabrik, Sangerhausen, 5. 10., —, 15. 9. • Aktiengesellschaft Christinenhütte, Christinenhütte, 16. 10., —, 14. 9. • Aktien-Gesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen an der Saar, 1. 10., —, 14. 9. • Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung von Biebrich-Moosbach, Biebrich, 14. 10., 7. 10., 14. 9. • Actien-Gesellschaft für Leinengarn-Spinnerei und Bleicherei (vorm. Renner & Comp.), Röhrsdorf b. Friedeberg am Quais, 14. 10., 11. 10., 22. 9. • Aktiengesellschaft für Neuburger Kieselweiß in Bittenbrunn b. Neuburg a. D., 13. 10., 10. 10., 12. 9. • Aktiengesellschaft für Verkehrswesen, Berlin, 16. 10., 10. 10., 14. 9. • Aktiengesellschaft Gaswerk Giebichenstein, Bremen, 6. 10., 3. 10., 11. 9. • Akt.-Ges. Kaiser Karls-Bad, Paderborn, 30. 9., —, 14. 9. • Aktiengesellschaft Metzeler & Co., München, 29. 9., 25. 9., 11. 9. • Aktiengesellschaft Trachenberger Zuckersiederei, Berlin, 14. 10., 11. 10., 8. 9. • Aktiengesellschaft Zuckerfabrik Schroda, 18. 10., —, 16. 9. • Aktien-Malzfabrik, Könnern/Saale, 5. 10., —, 15. 9. • Aktien-Malzfabrik Langensalza, Langensalza, 7. 10., 6. 10., 20. 9. • Aktien-Malzfabrik Löbau/Sa., 30. 9., —, 11. 9. • Aktien-Zuckerfabrik Bauerwitz, 13. 10., 9. 10., 22. 9. • Annaburger Steingutfabrik Aktien-Gesellschaft, Annaburg, 9. 10., 5. 10., 6. 9. • Annener Gas-Aktien-Ges., Annen, 3. 10., —, 14. 9. • Arterner Elektrizitätswerke Akt.-Ges., Artern, 14. 10., 13. 10., 14. 9. • Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt Aktien-Gesellschaft, Berlin, 11. 10., 7. 10., 19. 9.

Bahnamtliches Rollfuhrunternehmen, Aktiengesellschaft, Hamburg, 28. 9., 27. 9., 9. 9. • Balcke, Tellering & Co. A.-G., Benrath, 11. 10., —, 22. 9. • Bamberger Mälzerei-Aktiengesellschaft vormals Carl J. Dessauer, Bamberg, 14. 10., —, 20. 9. • Bank für Bauten, Dresden, 11. 10., —, 16. 9. • Baroper Walzwerk Aktien-Gesellschaft, Barop, 12. 10., 11. 10., 6. 9. • Bauaktiengesellschaft Brühl, Leipzig, 9. 10., 6. 10., 18. 9. • Bedburger Wollindustrie Aktien-Gesellschaft, Bedburg, 14. 10., 10. 10., 22. 9. • Ferdinand Bendix Söhne, Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung, Landsberg a. W., Berlin, 29. 9., —, 9. 9. • Bismarckhütte, Berlin, 14. 10., 9. 10., 13. 9. • Brandenburger Carbid- u. Elektr.-Werke A.-G., Berlin, 28. 9., —, 15. 9. • Brauerei Louis Geiger A.-G., Tilsit, 4. 10., 1. 10., 14. 9. • Brauerei C. W. Naumann Aktiengesellschaft, Leipzig-Plagwitz, 7. 10., 3. 10., 8. 9. • Bredower Zuckerfabrik Aktien-Gesellschaft, Stettin-Bredow, 5. 10., 3. 10., 16. 9. • H. Brüninghaus Söhne A.-G., Barmen, 4. 10., 2. 10., 9. 9. • Buchdruckerei Strauß A.-G., 19. 10., —, 1. 9.

„Ceres" Korn- u. Futterstoffhandlung A.-G., Apenrade, 28. 9., —, 9. 9. • Chemische Fabrik Einergraben, Barmen, 6. 10., 2. 10., 8. 9. • Crimmitschauer Maschinenfabrik A.-G., Crimmitschau, 30. 9., —, 11. 9. • Coblenzer Bank Akt.-Ges., Coblenz, 16. 10., —, 16. 9.

Dampfer-Akt.-Ges. „Wischwill", Tilsit, 10. 10., —, 8. 9. • Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Berlin, 30. 9., 27. 9., 12. 9. • Deutscher Anker, Pensions- und Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin, 16. 10., 14. 10., 15. 9. • Dorstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Ind.-Ges., Rattmannsdorf, Halle a. S., 4. 10., 1. 10., 13. 9. • Dresdner Schnellpressenfabrik Aktiengesellschaft, Brockwitz-Naundorf, 17. 10., 13. 10., 12. 9. • Druckerei vorm. Dusch Aktien-Gesellschaft, Straßburg i. Els., 14. 10., 12. 10., 21. 9.

Eisenwerk Nürnberg A.-G. vorm. J. Tafel & Co., Nürnberg, 10. 10., 6. 10., 20. 9. • Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. Herm. Pöge, Chemnitz, 18. 10., 12. 10., 20. 9. • Friedrich Elsas jun. Akt.-Ges. Chromopapier- u. Cartonfabrik, Barmen, 2. 10., 1. 10., 9. 9. • Elsflether Herings-Fischerei-Gesellschaft, Elsfleth, 10. 10., 7. 10., 22. 9. • Carl Ernst

& Co., Aktiengesellschaft, Berlin, 18. 10., 14. 10., 16. 9. • Hermann & Alfred Escher Aktiengesellschaft, Chemnitz, 12. 10., 6. 10., 19. 9. • Europäischer Hof Aktiengesellschaft, Dresden, 10. 10., 5. 10., 22. 9.

Farbwerke Franz Rasquin Actien-Ges., Cöln-Mülheim, 29. 9., 26. 9., 14. 9. • Frankfurter Vorort-Terrain-Gesellschaft, Frankfurt a. M., 5. 10., 1. 10., 13. 9. • Frankonia, Schokolade- und Konserven-Fabrik (vorm. W. F. Wucherer & Co.) A.-G., Würzburg, 14. 10., 10. 10., 21. 9.

Gas- und Elektrizitäts-Werke Brockau A.-G., Bremen, 10. 10., 7. 10., 22. 9. • Gaswerk Erbisdorf Aktiengesellschaft, Bremen, 9. 10., —, 18. 9. • Gaswerk Salbke A.-G., Magdeburg, 29. 9., 26. 9., 12. 9. • Generator-Aktiengesellschaft, Charlottenburg, 6. 10., 2. 10., 4. 9. • Genthiner Kleinbahn-Aktiengesellschaft, Genthin, 3. 10., —, 13. 9. • Glas-Versicherungs-Aktiengesellschaft „Halensia" i. L., Hamburg, 6. 10., —, 19. 9. • Gußstahl-Werk Witten, 17. 10., 12. 10., 15. 9. • Gußstahlwerk Wittmann A.-G., Haspe i. W., 7. 10., 4. 10., 4. 9.

Haigerer Hütte, Aktiengesellschaft, Haiger Dillkreis, Haiger, 14. 10., 10. 10., 16. 9. • Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hamburg-Amerika-Linie), Hamburg, 28. 9., 26. 9., 11. 9. • Hamburg-Cuxhavener Fischdampfer Aktiengesellschaft „Alte Liebe", Hamburg, 30. 9., 28. 9., 12. 9. • Hamburger Immobilien-Aktien-Gesellschaft, Hamburg, 30. 9., 24. 9., 12. 9. • Hannoversche Portland-Cementfabrik Aktiengesellschaft, Hannover, 2. 10., 29. 9., 14. 9. • Hessischer Bankverein Aktiengesellschaft, Cassel, 18. 10., 14. 10., 16. 9. • Humboldtmühle Aktiengesellschaft, Berlin, 12. 10., 10. 10., 18. 9.

Jute-Spinnerei und Weberei, Cassel, 9. 10., 11. 9. • Jute-Spinnerei & Weberei, Hamburg-Harburg, 4. 10., 30. 9., 11. 9.

Kabelwerk Rheydt Act.-Ges., Rheydt, 14. 10., 11. 10., 18. 9. • Kaerlicher Thonwerk Act.-Ges., Kaerlich, Bez. Coblenz, 7. 10., 4. 10., 15. 9. • Kalker Maschinenfabrik A.-G., Cöln-Kalk, 13. 10., 7. 10., 16. 9. • Königswusterhausen-Mittenwalde-Topchiner-Kleinbahn-Ges., Berlin, 11. 10., 6. 10., 18. 9.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt a. Main, 6. 11., 2. 11., 4. 9. • Leipziger Krystall-Palast Actien-Gesellschaft, Leipzig, 29. 9., 27. 9., 9. 9. • Leipziger Krystall-Palast Actien-Gesellschaft, Leipzig, 29. 9., 27. 9., 12. 9. • Lothringer Lederwerke A.-G., St. Julien bei Metz, 11. 10., 4. 10., 20. 9.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, Karlsruhe i. Baden, 13. 10., 4. 10., 18. 9. • Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther A.-G., Braunschweig, 7. 10., 4. 10., 13. 9. • Moritz Marx Soehne Aktiengesellschaft, Bruchsal, 9. 10., 5. 10., 6. 9. • Mech. Buntweberei Brennet, Schopfheim, 9. 10., —, 12. 9. • Val. Mehler Segeltuchweberei A.-G., Fulda, 9. 10., 6. 10., 8. 9. • Metallwaren-, Glocken- und Fahrradarmaturen Aktien-Gesellschaft vorm. H. Wißner, Mehlis in Thüringen, 7. 10., 4. 10., 1. 9. • Minhorst & Schultes A.-G., Crefeld, 7. 10., —, 18. 9. • Mosaikplatten- und Chamottewerke Unterwiederstedt A.-G., Unterwiederstedt, 30. 9., 26. 9., 8. 9.

Nähmaschinenfabrik Adolf Knoch Akt.-Ges., Saalfeld a. S., 12. 10., 11. 10., 13. 9. • Nauen Gebr. A.-G., Crefeld, 7. 10., —, 20. 9. • Neußer Papier- u. Pergamentpapier-Fabrik Aktien-Gesellschaft, Neuß a. Rhein, 18. 10., —, 14. 9.

Petuelsche Terrain-Gesellschaft Aktien-Gesellschaft, München-Riesenfeld, 16. 10., 12. 10., 22. 9. • Pfälzer Volksbote, Aktiengesellschaft, Kaiserslautern, 10. 10., —, 15. 9. • Plauener Spitzenfabrik Aktiengesellschaft, Plauen i. V., 10. 10., 6. 10., 16. 9.

Reichelbräu, Aktien-Gesellschaft, Kulmbach, 18. 10., 13. 10., 30. 8. • Hotel Reichshof Aktiengesellschaft, Hamburg, 3. 10., 2. 10., 16. 9. • Rheinisch-Bornesischer Handels-Verein, Barmen, 5. 10., —, 18. 9. • Rheinische Malzfabrik Actien-Gesellschaft i. L., Gernsheim, 11. 10., 6. 10., 14. 10. • Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Meiderich, 12. 10., 7. 10., 20. 9. • Ruhrwerke Aktiengesellschaft, Arnsberg i. Westf., 14. 10., 13. 10., 22. 9.

C. L. Senger Sohn Aktiengesellschaft, Crefeld, 7. 10., —, 18. 9. • Spinnerei Schoubart A.-G., St. Kreuz i. Leberthal, 7. 10., 3. 10., 14. 9. • Sprengstoffwerke Dr. R. Nahnsen & Co., Aktiengesellschaft, Domitz-Hamburg, 11. 10., 8. 10., 5. 9. • Südharz-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, Walkenried a. Harz, 28. 9., 25. 9., 9. 9.

Schleipen & Erkens A.-G., Papier- u. Pergamentpapierfabriken, Jülich, 12. 10., 8. 10., 22. 9. • Schlickum-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg, 14. 10., 10. 10., 16. 9.

Stadthalle Königsberg i. Pr. Aktiengesellschaft, Königsberg i. Pr., 6. 10., 3. 10., 4. 9. • Stahlwerke Rich. Lindenberg Aktiengesellschaft, Remscheid, 11. 10., 7. 10., 14. 9. • Steinhuder Meer-Bahn, Wunstorf, 5. 10., 4. 10., 8. 9. • Stettiner Elektrizitäts-Werke A.-G., Stettin, 16. 10., 11. 10., 21. 9. • Stettiner Berghofs-Brauerei Commandit-Ges. auf Aktien Rud. Rückforth, Stettin, 6. 10., 2. 10., 16. 9. • Stettiner Kerzen- und Seifen-Fabrik, Stettin, 30. 9., —, 14. 9. • Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. R. Schultz & Cie., A.-G., Straßburg i. Els., 5. 10., 2. 10., 7. 9. • Striegauer Porzellanfabrik Actien-Gesellschaft vorm. C. Walter & Co. in Striegau, Stanowitz, 9. 10., 3. 10., 18. 9.

Terrain-Aktiengesellschaft Müllerstraße, Berlin, 7. 10., 4. 10., 15. 9. • Thüringer Malzfabrik Langensalza Act.-Ges., Langensalza, 7. 10., 3. 10., 20. 9. • Thüringer Malzfabrik Schloß Thamsbrück Aktiengesellschaft, Thamsbrück, 2. 10., —, 16. 9. • Friedrich Töpel, Aktiengesellschaft, Oberpöllnitz b. Triptis, 29. 11., 25. 11., 5. 8. • Tüll- u. Gardinen-Weberei-Aktiengesellschaft, Chemnitz, 7. 10., 3. 10., 5. 9.

Ungemach A.-G. Els. Conservenfabrik & Import-Gesellschaft, Straßburg i. Els., 30. 9., —, 14. 9. • Unitas Aktiengesellschaft, Aachen, 7. 10., 30. 9., 6. 9.

Vereinigte Brunswiker Brauereien Aktiengesellschaft, Kiel, 9. 10., 6. 10., 16. 9. • Vereinigte Gummiwaaren-Fabriken Harburg-Wien, vorm. Menier-J. N. Reithoffer, Harburg a. d. E., 14. 10., 9. 10., 19. 9. • Vereinigte Schloß- u. Neumühlenwerke, A.-G., Eilenburg, 16. 10., 13. 10., 15. 9. • Vereinigte Silberwaren-Fabriken Act.-Ges., Düsseldorf, 12. 10., —, 16. 9. • Vereinigte Ultramarinfabriken Aktiengesellschaft vorm. Leverkus, Zeltner & Consorten, Köln am Rhein, 14. 10., 12. 10., 21. 9. • Vogt & Wolf A.-G., Gütersloh, 16. 10., 13. 10., 22. 9.

Wasserwerk Schweinheim A.-G., Bremen, 30. 9., 26. 9., 11. 9. • Welter Elektrizitäts- & Hebezeugwerke Act.-Ges., Cöln-Zollstock, 3. 10., 30. 9., 15. 9. • Werkzeugmaschinen-Fabrik Gildemeister & Compt. Akt.-Ges., Bielefeld, 18. 10., 13. 10., 14. 9. • Westfälische Eisen- und Drahtwerke Aktiengesellschaft, Werne b. Langendreer, 11. 10., 6. 10., 14. 9. • Westfälische Verlagsdruckerei A.-G. St. Ingbert, 27. 9., —, 9. 9. • Westfälisches Volksblatt Aktiengesellschaft, Paderborn, 30. 9., —, 14. 9. • Weyersberg, Kirschbaum & Cie. Actien-Gesellschaft für Waffen- und Fahrradtheile, Solingen, 16. 10., 9. 10., 22. 9. • Wilhelmshütte A.-G., Saalfeld, 29. 9., —, 13. 9. • Wilhelmshütte Actien-Gesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei, Eulau-Wilhelmshütte, 14. 10., 10. 10., 13. 9.

Ziesarer Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft, Ziesar, 3. 10., —, 12. 9.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. P. Ertel-Berlin.

Schafft das Gold zur Reichsbank!
Vermeidet die Zahlungen mit Bargeld!

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeldumlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes.

Mancher Deutsche glaubt seiner vaterländischen Pflicht völlig genügt zu haben, wenn er, statt wie früher Goldmünzen, jetzt Banknoten in der Geldbörse mit sich führt oder daheim in der Schublade verwahrt hält. Das ist aber ein Irrtum. Die Reichsbank ist nämlich gesetzlich verpflichtet, für je Dreihundert Mark an Banknoten, die sich im Verkehr befinden, mindestens Hundert Mark in Gold in ihren Kassen als Deckung bereitzuhalten. Es kommt aufs gleiche hinaus, ob hundert Mark Goldmünzen oder dreihundert Mark Papiergeld zur Reichsbank gebracht werden. Darum heißt es an jeden patriotischen Deutschen die Mahnung richten:

Schränkt den Bargeldverkehr ein!
Veredelt die Zahlungssitten!

Jeder, der noch kein Bankkonto hat, sollte sich sofort ein solches einrichten, auf das er alles, nicht zum Lebensunterhalt unbedingt nötige Bargeld sowie seine sämtlichen laufenden Einnahmen einzahlt.

Die Errichtung eines Kontos bei einer Bank ist kostenfrei und der Kontoinhaber erhält sein jeweiliges Guthaben von der Bank verzinst.

Das bisher übliche Verfahren, Schulden mit Barzahlung oder Postanweisung zu begleichen, darf nicht das herrschende bleiben. Richtig sind folgende Verfahren:

Erstens — und das ist die edelste Zahlungssitte —

Ueberweisung von Bank zu Bank.

Wie spielt sich diese ab?

Der Kontoinhaber beauftragt seine Bank, der Firma oder Privatperson, der er etwas schuldet, den schuldigen Betrag auf deren Bankkonto zu überweisen. Natürlich muß er seiner Bank den Namen der Bank angeben, bei welcher der Zahlungsempfänger sein Konto unterhält. Jede größere Firma muß daher heutzutage auf dem Kopf ihres Briefbogens vermerken, bei welcher Bank sie ihr Konto führt. Außerdem gibt eine Anfrage am Fernsprecher, bisweilen auch das Adreßbuch (z. B. in Berlin und Hamburg) hierüber Aufschluß.

Weiß man nur, daß der Zahlungsempfänger ein Bankkonto hat, kann aber nicht feststellen, bei welcher Bank er es unterhält, so macht man zur Begleichung seiner Schuld von dem Scheckbuch Gebrauch.

Zweitens

Der Scheck mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung“.

Mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung“ kommt zum Ausdruck, daß der Zahlungsempfänger keine Einlösungen des Schecks in bar, sondern nur die Gutschrift auf seinem Konto verlangen kann. Bei Verrechnungsschecks ist auch die Gefahr beseitigt, daß ein Unbefugter den Scheck einlösen kann, der Scheck kann daher in gewöhnlichem Brief, ohne „Einschreiben“, versandt werden, da keine Barzahlung seitens der bezogenen Bank erfolgen darf. Nach den neuen Steuergesetzen fällt der bisher auf dem Scheck lastende Scheckstempel von 10 Pfg. vom 1. Oktober d. J. an fort.

Drittens

Der sogenannte Barscheck, d. h. der Scheck ohne den Vermerk „Nur zur Verrechnung“.

Er kommt dann zur Anwendung, wenn der Zahlungsempfänger kein Bankkonto besitzt und daher bare Auszahlung verlangen muß. Er wird in dem Maße aus dem Verkehr verschwinden, als wir uns dem ersehnten Ziel nähern, daß jedermann in Deutschland, der Zahlungen zu leisten und zu empfangen hat, ein Konto bei dem Postscheckamt, bei einer Bank oder einer sonstigen Kreditanstalt besitzt.

Darum die ernste Mahnung in ernster Zeit:

Schaffe jeder sein Gold zur Reichsbank!
Mache jeder von der bankmäßigen Verrechnung Gebrauch!
Sorge jeder in seinem Bekannten- und Freundeskreis für Verbreitung des bargeldlosen Verkehrs!
Jeder Pfennig, der bargeldlos verrechnet wird, ist eine Waffe gegen den wirtschaftlichen Vernichtungskrieg unserer Feinde!

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: Lucya Sueß, Charlottenburg.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.